

Einführung in die Politikwissenschaft



TECHNISCHE
UNIVERSITÄT
DARMSTADT

Studienkolleg
Academic Bridging Courses

für ausländische Studierende

Politik – Staat – Internationale Beziehungen

Hans Göttmann



Überarbeitete Fassung, Stand: April 2016

Dieses Skript ist die Grundlage für das zweite Semester des Kurses „Sozialwissenschaft“.
Es ersetzt nicht die Teilnahme an der Lehrveranstaltung!

Die Verwendung dieses Skripts ist nur in den Lehrveranstaltungen von Hans Göttmann gestattet.
Jede sonstige Verwendung, Vervielfältigung und elektronische Bereitstellung – auch zu Unterrichtszwecken – bedarf der schriftlichen Genehmigung des Autors.

Anmerkungen zu Beginn:

Ich benutze in diesem Skript das generische Maskulinum. Ein Unterscheidungsvermögen bezüglich Sprachgebrauch und Wirklichkeit wird dabei vorausgesetzt.

In Soziologie und Politik gibt es keine absolute Wahrheit wie in der Mathematik. Reden und schreiben über Politik ist daher immer parteilich und von dem Weltbild des Schreibers beeinflusst. Lesen Sie deshalb dieses Skript bitte nicht als Sammlung von Wahrheiten, sondern als Sammlung von Gedanken und Einschätzungen, die kritisch geprüft und hinterfragt werden wollen.

Studierende mit dem Studienziel Politikwissenschaften als Haupt- oder Nebenfach dürften nach der intensiven Durcharbeitung des Skripts gut auf die Lehrveranstaltungen des Grundstudiums vorbereitet sein. Da aber nur wenige im G-Kurs diese Fachrichtung studieren wollen, werden wir uns im Kurs nur mit ausgewählten Kapiteln intensiv auseinandersetzen und andere nur streifen.

Das Skript kann noch inhaltliche oder sprachliche Fehler enthalten. Für einen Hinweis auf diese Fehler bin ich Ihnen sehr dankbar. Am besten benutzen Sie dafür unser Moodle-Forum.

Inhalt

Teil 1: Politik – Staat – Macht: Problemfelder der repräsentativen Demokratie	4
1. Der Begriff Politik.....	4
1.1 Politikwissenschaft	4
2 Der Staat.....	5
2.1 Definition.....	5
2.2 Macht, Herrschaft, Legitimität	6
2.3 John Locke - Two Treatises of Government	7
2.4 Repräsentation	8
2.5 Gewaltenteilung.....	9
2.6 Menschenrechte	10
3 Das politische System	11
3.1 Exkurs: Was ist ein System?	11
3.2 Demokratische Systeme.....	13
3.3 Das politische System Deutschlands.	15
4 Wer hat die Macht im Staat? Akteure im politischen System.....	16
4.1 Parteien.....	16
4.2 Lobby.....	17
4.3 Macht und Ohnmacht der Medien	19
4.4 Die Macht des Kapitals	22
5 Internationale Beziehungen.....	26
5.1 Der Begriff	26
5.2 Das westfälische System	26
5.3 Weltsystem oder Weltordnung	27
5.4 Akteure der IB.....	28
5.4.1 Die Vereinten Nationen (UN)	29
5.5 Interessen und Ziele	30
5.6 Macht.....	30
5.7 Staatsversagen und Staatszerfall	32
5.8 Intervention und Westfälisches System	33
5.8.1 Neue Konzepte der IB: Humanitäre Intervention	34
5.8.2 Neue Konzepte der IB: Schutzverantwortung (RtoP)	34
5.8.3 Sicherheitspolitische Legitimation	34
5.8.4 Kritik.....	35
5.9 Schlussbemerkung: Global Governance oder neuer Imperialismus?	35
6 Analyse politischer Konflikte	37
7 Übungstexte für die Prüfung.....	37
7.1 Indochina.....	38
7.2 Afghanistan.....	40
Literatur	42

Teil 1: Politik – Staat – Macht: Problemfelder der repräsentativen Demokratie

1. Der Begriff Politik

Der Ursprung des Begriffs „Politik“ liegt im griechischen Wort *Polis* (πόλις), was auf Deutsch etwa *Stadt, Gemeinde* oder *Stadtgebiet* bedeutet. Alle Tätigkeiten, die die Organisation des Gemeinwesens betrafen, wurden als Πολιτικά (*politiká*) bezeichnet. Politik könnte man also vorläufig definieren als „die Regelung der öffentlichen Angelegenheiten in einem Gemeinwesen“. (KRELL, 2000, S. 14)

Die Regelung der öffentlichen Angelegenheiten hat mehrere Aspekte. Zunächst ist das Zusammenleben einer Gemeinschaft durch *Normen und Institutionen* geregelt. Die englische Sprache bietet dafür den Begriff „*polity*“, der die Ordnung bezeichnet, die das öffentliche Leben bestimmt. Aus diesen Normen ergeben sich *Aufgaben und Ziele*, die das politische Handeln bestimmen, also politische Ziele, Werte und Programme. Dieser Aspekt wird im Englischen als „*policy*“ bezeichnet.¹ Schließlich müssen diese Ziele in konkreten Handlungen umgesetzt werden, also in Form von politischem Handeln, von Diskussion, Konsens und Kompromiss. Den Bereich des *politischen Handelns* bezeichnet die englische Sprache als „*politics*“. Im Deutschen haben wir für alle drei Aspekte leider nur einen Begriff: die Politik.

Sie haben sicher bemerkt, dass diese Definitionen rein funktional sind. Sie enthalten keine Information darüber, was die Ziele von „*policy*“ sind und mit welchen „*politics*“ sie erreicht werden sollen. Die Definition von Max Weber geht hier einen Schritt weiter:

„*Politik*‘ würde für uns also heißen: *Streben nach Machtanteil oder nach Beeinflussung der Macht-*

verteilung, sei es zwischen Staaten, sei es innerhalb eines Staates zwischen den Menschengruppen, die er umschließt.“² Der Begriff *Macht* bedeutet für Weber „*jede Chance, innerhalb einer sozialen Beziehung den eigenen Willen auch gegen Widerstreben durchzusetzen.*“³

Für Weber ist also politisches Handeln immer mit dem Streben nach *Macht*⁴ verbunden.

Kontrollaufgaben

1. Fertigen Sie eine Mindmap zu den verschiedenen Bedeutungen des Begriffs „Politik“ an.

2. Grenzen Sie die vier genannten Politikbegriffe gegeneinander ab.

3. Ordnen Sie den Politikbegriffen zu (mit Begründung!):

a) Die deutsche Regierung verhandelt mit der chinesischen Regierung über den Austausch von Studenten.

b) Die SPD beschließt, sich für die Einrichtung von Elite-Universitäten in Deutschland einzusetzen.

c) Ein Gesetz regelt die Verfolgung und Bestrafung von Wirtschaftskriminalität.

d) Die deutsche Bundeswehr nimmt an einem internationalen Einsatz in Somalia teil.

1.1 Politikwissenschaft

Systematisches Nachdenken über Politik ist sehr alt, fand aber früher im Rahmen der Philosophie statt.

Die Politikwissenschaft als eigenständige universitäre Disziplin gibt es noch nicht sehr lange, in Deutschland eigentlich erst seit 1945. Die Politikwissenschaft ist in der ersten Hälfte des 20.

¹ Der Begriff „*policy*“ steckt noch in den Begriffen „*Polizei*“, „*police*“, „*policia*“ u.a.

² MAX WEBER, *Wirtschaft und Gesellschaft*. Studienausgabe, 5. Aufl. Tübingen 1972, S.822 zt. aus: (KRELL, 2000, S. 16)

³ zit. nach: (SCHREYER & SCHWARZMEIER, 2005, S. 30) - Beachten Sie die Abgrenzung zu dem im Skript „soziales Handeln“ benutzten Begriff „*Autorität*“.

⁴ zur Definition von *Macht* s. Kapitel „*Macht, Herrschaft, Legitimität*“

Jahrhunderts aus der Staats- und Rechtsphilosophie und der Soziologie entstanden. An den Universitäten hat die Politikwissenschaft während ihrer Geschichte verschiedene Teilgebiete entwickelt. Heute findet man meist die Dreiteilung in *Politische Theorie*, *Vergleichende Politikwissenschaft* und *Internationale Beziehungen*. Diese Teildisziplinen kann man weiter in Spezialgebiete differenzieren, z.B. „das politische System der Bundesrepublik Deutschland“.

Die historisch jüngsten Richtungen der Politikwissenschaft sind die historisch-dialektische des Marxismus und die empirisch-analytische, die ab den fünfziger Jahren in den USA entwickelt wurde. Mit dem Zusammenbruch der sozialistischen Regierungssysteme in Mittel- und Osteuropa ist die marxistisch-leninistische Variante der Politikwissenschaft weitgehend aus dem politikwissenschaftlichen Diskurs verschwunden. In der westlichen Politikwissenschaft hat sich der empirisch-analytische Ansatz durchgesetzt. Dieser geht von der Frage aus, welche Funktion Politik in einer Gesellschaft hat. Dabei wird das politische System als Subsystem des gesellschaftlichen Systems verstanden.

Kontrollaufgaben

1. Beschreiben Sie allgemein und mit Beispielen die Forschungsgegenstände der politikwissenschaftlichen Disziplinen.

2. Auf welcher Annahme beruht die empirisch-analytische Methode?

2 Der Staat

2.1 Definition

Auch der Staatsbegriff wird in mehreren Bedeutungsvarianten gebraucht. Wenn wir über den „Staat“ sprechen, denken wir zunächst an die Nationalstaaten, die im Prinzip erst in den letzten 250 Jahren entstanden sind. Ein moderner Staat ist ein *Territorialstaat*, er verfügt über ein abgegrenztes *Staatsgebiet* und besitzt eine für alle Einwohner verbindliche *Rechtsordnung*. Die Grenzen der Staaten grenzen daher nicht nur

geographische Räume, sondern auch Rechtsräume gegeneinander ab. Das dritte konstituierende Merkmal ist das *Staatsvolk*, also die Menge der Staatsangehörigen. Dabei spielt die ethnische Zugehörigkeit keine Rolle. Der Verbund einer ethnisch gleichen Bevölkerung wird mit dem Begriff „*Nation*“ bezeichnet. Nach dieser Definition können also Angehörige verschiedener Nationen Angehörige eines Staates sein, begrifflich muss man also unterscheiden zwischen „*Nationalität*“ und „*Staatsangehörigkeit*“. Diese juristische Definition, die eine Übereinstimmung von Staatsvolk, Staatsgebiet und Staatsgewalt als Voraussetzung von Staatlichkeit definiert, stammt von dem Staatsrechtler *Georg Jellinek* (1851-1911).

Die Mehrheit der deutschsprachigen Politikwissenschaftler bezieht sich in ihren Arbeiten auf die Staatsdefinition von Jellinek, ergänzt durch die Staatsdefinition von Max Weber. Für Weber ist der Staat eine besondere Form eines politischen Verbandes:

„*Politischer Verband soll ein Herrschaftsverband dann und insoweit heißen, als sein Bestand und die Geltung seiner Ordnungen innerhalb eines angebbaren⁵ geographischen Gebiets kontinuierlich durch Anwendung und Androhung physischen Zwangs seitens des Verwaltungsstabes garantiert werden. Staat soll ein politischer Anstaltsbetrieb heißen, wenn und insoweit sein Verwaltungsstab erfolgreich das Monopol legitimen physischen Zwanges für die Durchführung der Ordnungen in Anspruch nimmt*“. (WEBER, 1980 §17)

Auch in der englischsprachigen Literatur ist dieser Staatsbegriff als *weberian state* geläufig.

Ein politischer Verband ist demnach dann ein Staat, wenn

- er ein klar abgegrenztes *Staatsgebiet* besitzt,
- in diesem Gebiet Menschen leben, die als *Volk* dieses Staates bestimmt werden können,

⁵ Die Endsilbe -bar bedeutet immer „man kann“ oder „es ist möglich. angebbbar: man kann es bestimmen

- es eine Regierung gibt, die über das gesamte Staatsgebiet die Herrschaft ausübt. (*Gewaltmonopol*).

Damit ein Staat international handeln kann, muss er außerdem von anderen Territorialstaaten völkerrechtlich anerkannt werden. Eine solche Anerkennung ist die Voraussetzung dafür, dass dieser Staat in der Lage ist, Verträge mit anderen Staaten einzuhalten und zu erfüllen. Und dazu wiederum muss es eine Staatsgewalt geben, die effektiv und auf Dauer angelegt ist.

Die völkerrechtliche Anerkennung eines Staates geschieht in der Regel durch eine diplomatische Erklärung anderer Staaten oder multistaatlicher Organisationen (z.B. UNO – vgl. die Anerkennung Palästinas 2012 als „Beobachterstaat“). Andererseits steht es jedem Staat frei, auch mit völkerrechtlich nicht anerkannten Staaten Beziehungen aufzunehmen. So war die frühere DDR (die heutigen ostdeutschen Bundesländer) völkerrechtlich lange Zeit nicht anerkannt, hatte aber dennoch diplomatische Beziehungen zu vielen anderen Staaten.⁶

Der *Staatsbegriff im engeren Sinne* bezeichnet die Regierung und die öffentliche Verwaltung eines Landes. Ein Staat besitzt nicht nur eine verbindliche für sein Gebiet gültige Rechtsordnung, sondern auch die Mittel, diese Ordnung durchzusetzen, nämlich, Staatsorgane in Form von Polizei, Militär oder Behörden. Nur der Staat darf zur Durchsetzung der öffentlichen Ordnung physische Gewalt einsetzen, er besitzt ein *Gewaltmonopol*.

Außerdem kostet die Regelung des öffentlichen Lebens Geld – der Staat muss also über *Finanzen* verfügen. Die Verwaltung der öffentlichen Finanzen wird auch als *Fiskus* oder *öffentliche Hand* bezeichnet; Finanzpolitik heißt auch *Fiskalpolitik* (engl.: fiscal policy) In der Regel stammen die Staatsfinanzen aus Steuern und Abgaben der Staatsbürger, aber auch aus sonstigen wirtschaftlichen Tätigkeiten, z.B. den Geschäften der Staatsbank oder von staatlichen Firmen. Mit diesem Geld wird der Staat wirtschaftlich tätig, z.B. zur Sicherung der öffentlichen Infrastruktur. Seit dem Ende des 19. Jh.

übernahmen Staaten auch zunehmend wirtschaftliche Aufgaben z.B. zur Sicherung der Infrastruktur (z.B. Staatsbahn, Staatspost) oder zur Daseinsvorsorge für die Bürger (Versicherungen). Seit den 80er Jahren des 20. Jahrhunderts kann man jedoch den zunehmenden Rückzug des Staates und eine Tendenz zur Privatisierung dieser Bereiche feststellen.

Kontrollaufgaben

1. Grenzen Sie die verwendeten Staatsbegriffe systematisch gegeneinander ab. Benutzen Sie dazu ein hierarchisches Modell.

2. Was sind die konstitutiven Merkmale des Staats (Staatsbegriff im engeren Sinn)?

3. Suchen Sie Beispiele für Einnahmen und Ausgaben des Fiskus.

2.2 Macht, Herrschaft, Legitimität

Aus den bisherigen Definitionen ergibt sich, dass ein Staat nur dann diesen Namen verdient, wenn er seine Bürger notfalls zwingen kann, etwas zu tun, was sie vielleicht nicht wollen. (Steuern zahlen, das Parkverbot beachten, sich in Kriegen erschießen lassen usw.) Für diesen „Zwang“ kommen mehrere Begriffe in Frage, die wir hier kurz präzisieren wollen:

Weber unterscheidet präzise zwischen *Macht* und *Herrschaft*:

„Macht bedeutet jede Chance, innerhalb einer sozialen Beziehung den eigenen Willen auch gegen Widerstreben durchzusetzen, gleichviel worauf diese Chance beruht.“

*Herrschaft soll heißen die Chance, für einen Befehl bestimmten Inhalts bei angebbaren Personen Gehorsam zu finden.“*⁷

In anderen Worten: Herrschaft setzt voraus, dass zumindest ein großer Teil der Beherrschten akzeptiert, dass sie beherrscht wird und den Anordnungen der Herrschenden folgt.

Auch das Wort „Gewalt“ wird in der politischen

⁶ ausführlicher in Kap. 5.2

⁷ (WEBER, 1922 § 16)

Theorie anders gebraucht als in der Umgangssprache. Die *Staatsgewalt* ist in diesem Sinne eine Institution, die staatliche Entscheidungen trifft und durchsetzt.

Wer gibt dem Staat und seinen Institutionen aber das Recht dazu? Hier stellt sich die Frage nach der *Legitimität* staatlichen Handelns. Das Gewaltmonopol des Staates ist dann legitim, wenn es sich auf ein von der überwiegenden Mehrheit des Staatsvolks akzeptiertes und damit allgemein gültiges Prinzip stützt. Legitimität ist nicht identisch mit Demokratie – die Legitimation der Staatsgewalt durch demokratische Elemente (Wahlen und Abstimmungen) ist nur eine Variante unter vielen.

Max Weber unterscheidet drei Arten der Legitimation von Herrschaft:⁸

Im Fall der **charismatischen Herrschaft** liegt die Gewalt bei einem Herrscher, der aufgrund seiner Persönlichkeit als Führer und Machthaber legitimiert ist, sei es als religiöse Führungspersönlichkeit oder als „Großer Vorsitzender“ wie Ayatollah Chomeini oder Mao Zi Dong.

Bei der **traditionalen Herrschaft** liegt die Staatsgewalt bei einem Herrscher oder einer herrschenden Gruppe, die aus traditionellen Gründen als solche legitimiert sind. Dies war z.B. der Fall im römischen Imperium (Cäsaren) oder im Feudalismus des Mittelalters aber auch in absoluten Monarchien. Der marokkanische König leitet seine Herrschergewalt z.B. von seiner Abkunft aus der Familie des Propheten ab.

Die **rationale Herrschaft** schließlich entsteht mit den bürgerlichen Revolutionen des 17., 18. und 19. Jahrhunderts, beginnend mit dem englischen Bürgerkrieg. Die Herrschaft im rationalen Staat ist nicht mehr an die Person des Herrschers gebunden, sondern muss rational, also für logisch denkende Menschen nachvollziehbar, legitimiert werden.⁹

Kontrollaufgaben

1. Grenzen Sie die Begriffe „Macht“ und „Herrschaft“ gegeneinander ab.

2. Diskutieren Sie den Begriff „Legitimität“. Was ist legitim? Was nicht? Wann ist etwas legitim? Wer bestimmt das? usw. Eine Mindmap könnte hier hilfreich sein.

2.3 John Locke - Two Treatises of Government

Ein Vordenker des rationalen Staats war John Locke (1632-1704). Lesen Sie im Folgenden einen Text von ihm aus dem Jahr 1690, also ein Jahr nach dem Ende der *Glorious Revolution* in England.



„Um politische Gewalt richtig zu verstehen und von ihrem Ursprung abzuleiten, müssen wir betrachten, in welchem Zustand sich die Menschen von Natur befinden. Dies ist ein Zustand völliger Freiheit, zu handeln und über ihren Besitz und ihre Person zu verfügen, ohne die Erlaubnis eines anderen zu fordern oder von seinem Willen abzuhängen. Ebenso ist es ein Zustand der Gleichheit ohne Unterordnung und Unterwerfung.

Wenn der Mensch im Naturzustand so frei ist, weshalb soll er seine Freiheit fahren lassen und sie dem Zwang eines anderen unterwerfen?

Die Antwort liegt auf der Hand: Im Naturzustand ist der Genuss dieses Rechtes sehr unsicher. Bei aller Freiheit ist er doch voller Furcht und in beständiger Gefahr; es ist nicht ohne Grund, dass er sich mit anderen in Gesellschaft verbindet, zum gegenseitigen Schutz seines Lebens, der Freiheiten. Der große und wichtige Zweck, weshalb Menschen sich zu einem Staatswesen vereinigen, ist die Erhaltung des Eigentums.

Dazu fehlt es im Naturzustand an einem geordneten Recht, das allgemein anerkannt ist. Zweitens fehlt es an einem unparteiischen Richter, zu entscheiden. Drittens fehlt es oft an Macht, das Urteil auszuführen.

⁸ (WEBER, 1922)

⁹ Beachten Sie: Rationale Herrschaft ist nicht identisch mit Demokratie!

Das ist, weshalb alle bereitwillig auf Einzelgewalt verzichten, damit sie allein durch diejenigen ausgeübt wird, die dazu bestimmt werden und zwar nach Regeln, wie sie die Gemeinschaft vereinbart. Mit dem Eintritt in die Gesellschaft verzichten nun die Menschen auf Freiheit, Gleichheit und die exekutive Gewalt, die sie im Naturzustand hatten, zugunsten einer Gesellschaft, die durch die Legislative darüber verfügt.

Wer also die Legislative oder die höchste Gewalt im Staat besitzt, ist verpflichtet, nach feststehenden, bekannt gemachten Regeln und vom Volk anerkannten Gesetzen zu regieren und nicht durch Entschlüsse des Augenblicks.

Jeder, der darüber hinausgeht, und den Untertanen das aufzwingt, was das Gesetz nicht gestattet, hört auf, Obrigkeit zu sein. Und da er ohne Autorität handelt, darf ihm Widerstand geleistet werden. Da die Legislative nur vom Volk verliehene Macht hat, bleibt dem Volk die höchste Gewalt, sie zu entfernen, wenn es findet, dass die Legislative dem Vertrauen zuwider handelt.“¹⁰

John Locke lieferte hiermit das theoretische Fundament für den rationalen Staat. Der legitime Herrscher (=Souverän) des rationalen Staates ist das Staatsvolk, das die Herrschaft an staatliche Organe überträgt und gegebenenfalls auch wieder entzieht. Die Volkssouveränität bedeutet zweierlei: „erstens Gehorsam gegenüber einer sachlichen, unpersönlichen Rechtsordnung und zweitens die Vorstellung, dass diese Rechtsordnung prinzipiell veränderbar ist.“¹¹

Wenn die Mitglieder einer Gesellschaft Teile ihrer privaten Macht und Freiheit an den Staat abgeben, diese aber auch wieder zurückfordern können, dann ergibt sich daraus, dass die Staatsgewalt immer vom Volk ausgeht. Sie wird den Staatsorganen sozusagen ausgeliehen (delegiert). In Artikel 20 des deutschen Grundgesetzes (=Verfassung) heißt es:

„Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volk in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.“

In dieser Formulierung ist festgelegt, von wem die Legitimation staatlicher Macht ausgeht, mit welchen Mitteln sie ausgeübt bzw. weitergegeben wird und an wen die Macht delegiert wird. Dadurch werden die Mitglieder der Staatsorgane zu legitimen Repräsentanten des Volkes.

Kontrollaufgaben

1. Fassen Sie die Argumentation von John Locke in eigenen Worten und/oder in graphischer Form zusammen.
2. Welche Forderungen an die Regierung eines Landes ergeben sich aus dieser Argumentation?
3. Welche Rechte des Volkes ergeben sich aus dieser Argumentation?

2.4 Repräsentation

In den griechischen Stadtstaaten traf das Volk (gr: Demos) durch Abstimmungen direkt alle politischen Entscheidungen, wobei auch hier unter „Volk“ nur die freien, männlichen Einwohner zu verstehen sind, also nur ein kleiner Teil der Bevölkerung. In kleineren politischen Einheiten finden sich auch heute noch Elemente der direkten Demokratie. Im Gegensatz zur repräsentativen Demokratie haben dort alle Bürger in Form von Versammlungen und Abstimmungen legislative Gewalt. Besonders viele Elemente der direkten Demokratie finden sich im politischen System der Schweiz. Die Mehrheit der demokratisch verfassten Staaten besitzt jedoch ein System der repräsentativen Demokratie.

Mit dem Problem der Repräsentation des Volkswillens beschäftigte sich der französische Rechts- und Staatsphilosoph Montesquieu (1689-1755):

„Da in einem freien Staat jeder, dem man einen freien Willen zuerkennt, durch sich selbst regiert sein sollte, so müsste das Volk als Ganzes gesetzgebende Gewalt haben. Das ist aber in den großen Staaten unmöglich, in den kleinen mit vielen Misslichkeiten verbunden. Deshalb ist es nötig,

¹⁰ (LOCKE, 1690)

¹¹ (KRELL, 2004, S. 51)

dass das Volk durch seine Repräsentanten das tun lässt, was es selbst nicht tun kann. [...] Der große Vorteil der Repräsentanten besteht darin, dass sie fähig sind, die Angelegenheiten zu verhandeln. Das Volk ist dazu keinesfalls geschickt. Das macht einen der großen Nachteile der [direkten] Demokratie aus. Es [=das Volk] soll in die direkte Regierungssphäre nur hineingelassen werden, um die Abgeordneten zu wählen, was seinen Fähigkeiten durchaus entspricht. [...]“¹²

Montesquieu traut dem Volk nicht zu, über seine eigenen Angelegenheiten kompetent zu entscheiden. Das ist keineswegs eine antiquierte Auffassung aus dem 18. Jahrhundert.

Auch in der Ideengeschichte des 20. Jahrhunderts ist die Frage nach der „politischen Kompetenz“ der Volksmassen keineswegs abschließend beantwortet. Die Idee, dass man das Regieren lieber einer Klasse von dazu besonders qualifizierten Gelehrten überlassen solle, findet sich z.B. überall dort, wo sich der Staat auf religiöse Grundsätze beruft - vom Iran bis zum Vatikan. Aber auch in traditionell westlichen Demokratien findet sich diese Meinung:

„Zu viele Menschen, die zu viel von der Regierung und zu viel Beteiligung an der Regierung wollen, machen das Regieren immer schwieriger.“¹³

Kontrollaufgaben

1. Grenzen Sie die Begriffe „direkte Demokratie“ und „repräsentative Demokratie“ gegeneinander ab.

2. Mit welchen Argumenten begründet Montesquieu die Notwendigkeit von Repräsentation?

3. Was halten Sie von den Aussagen der letzten beiden Abschnitte?

¹² CHARLES-LOUIS DE SECONDAT ET DE MONTESQUIEU: Vom Geist der Gesetze. In neuer Übertragung eingeleitet und herausgegeben v. Ernst Forsthoff. 1. Bd. Tübingen 1951, S. 214-226; zit. nach: Behschnitt, W. Die Französische Revolution, Quellen und Darstellungen, in: Politische Bildung, Materialien für den Unterricht. Stuttgart 1978, S. 17ff.

2.5 Gewaltenteilung

Wie kann verhindert werden, dass die durch das Volk mit Macht ausgestatteten Repräsentanten ihre Macht missbrauchen? John Locke formuliert ein allgemeines Widerstandsrecht des Volkes in diesem Fall, ohne jedoch konkrete Verfahren oder Institutionen vorzuschlagen. Wenn Locke allerdings aufzählt, was im „Naturzustand“ fehlt – der Gesetzgeber, der unparteiische Richter und die Staatsmacht, die die Gesetze ausführt – nimmt er damit die Institutionen vorweg, die im Idealfall den Missbrauch der Staatsgewalt durch gegenseitige Kontrolle verhindern sollen. Montesquieu argumentiert hier ausführlicher. 1748 schrieb er in seinem Hauptwerk *De l'esprit des lois* (Vom Geist der Gesetze) den häufig zitierten Leitgedanken der Gewaltenteilungslehre:

„Alles wäre verloren, wenn ein und derselbe Mann oder dieselbe Körperschaft der Fürsten, des Adels oder des Volkes diese drei Gewalten ausübte: Gesetze zu erlassen, sie in die Tat umzusetzen und über Verbrechen und private Streitigkeiten zu richten“.

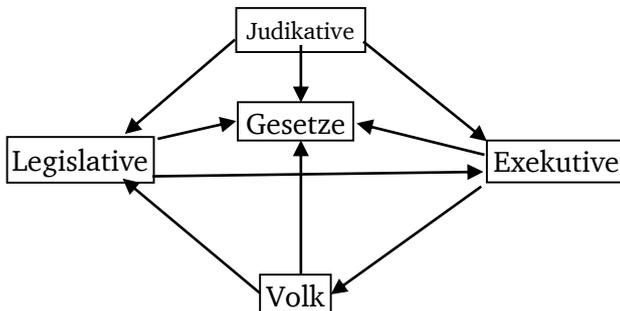
„Um den Missbrauch der Gewalt unmöglich zu machen, müssen die Dinge so geordnet sein, dass die eine Gewalt die andere im Zaum hält. Wenn die gesetzgebende Gewalt mit der ausführenden in derselben Person vereinigt ist, gibt es keine Freiheit, weil zu fürchten steht, dass der Monarch tyrannische Gesetze gibt, um sie tyrannisch auszuführen. Auch besteht keine Freiheit, wenn die richterliche Gewalt von der gesetzgebenden Gewalt und der ausführenden nicht getrennt ist.

Gäbe es keinen Monarchen und wäre die vollziehende Gewalt einer bestimmten Anzahl von Personen anvertraut, die der gesetzgebenden Körperschaft entnommen wären, so gäbe es keine Freiheit mehr. Denn die beiden Gewalten wären vereinigt, die gleichen Personen hätten manchmal nach ihrem Willen sogar dauernd Anteil an der einen wie der anderen.“¹⁴

¹³ Huntington und Crozier an die Trilaterale Kommission. zit. n. (MÜLLER, 2013, S. 343) – Samuel Huntington war einer der wichtigsten Berater der Bush-Regierung in den USA.

¹⁴ MONTESQUIEU a.a.O. S. 32

Damit formuliert er das System der Gewaltenteilung, das durch gegenseitige Kontrolle und Verteilung der Macht auf verschiedene Organe den Machtmissbrauch verhindern soll.



Kontrollaufgaben

1. Stellen Sie den Gedankengang von Montesquieu zur Gewaltenteilung dar. Welches politische System ergibt sich aus seinen Überlegungen?

2. Zwischen den Elementen der Grafik bestehen Beziehungen, die durch Pfeile dargestellt werden. Machen Sie sich diese Beziehungen klar, beschriften Sie die Pfeile und referieren Sie Ihr Ergebnis in der Gruppe.

Folgende Verben können Sie benutzen: kontrollieren, regieren, wählen, erlassen, vorschlagen u.a.

3. Beurteilen Sie, ob das politische System der Bundesrepublik Deutschland (s Kap. 3.2) eine Gewaltenteilung im Sinne Montesquieus aufweist.

2.6 Menschenrechte

"Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren" — so beginnt Artikel 1 der "Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte" von 1948.¹⁵

In einem Politikwörterbuch findet man folgende Definition:

„Als Menschenrechte bezeichnet man die dem Individuum zustehenden Rechte auf Schutz vor Eingriffen des Staates, die dem einzelnen kraft seines

Menschseins gegeben sind und auf jeden Fall erhalten bleiben und die nicht durch den Staat beschränkt werden können. Aus der Zeit des Kampfes gegen den Absolutismus stammt ihre Kennzeichnung als „angeborene“ und „unveräußerliche“ Rechte.

(...) Zum Kern der Menschen- bzw. Grundrechte zählen die Menschenwürde, das Recht auf Entfaltung der Persönlichkeit, Gleichheit vor dem Gesetz und Gleichberechtigung, Religions- und Gewissensfreiheit, Meinungs-, Presse-, Informations- und Lehrfreiheit, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit, Freizügigkeit, Berufs- und Arbeitsfreiheit, Unverletzlichkeit der Wohnung, Garantie des Eigentums und des Erbrechts, Asyl- und Petitionsrecht sowie justitielle Rechte wie vor allem die Garantie gegen ungerechtfertigte Verhaftung (...)." (ANDERSEN & WOYKE, 2003)

Die Idee, dass Menschen schon aufgrund ihres Menschseins gewisse unveräußerliche Rechte besitzen, ist ein historisch entstandenes und kulturell determiniertes Konzept. Gesetzlich festgelegt wurden die Menschenrechte zuerst 1776 in der Bill of Rights von Virginia¹⁶. Die 1789 von der französischen Nationalversammlung verabschiedete Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte (*Déclaration des Droits de l'Homme et du Citoyen*)¹⁷ bildet bis heute die Grundlage dieses Konzepts.

Nach der Verabschiedung der *Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte* am 10. Dezember 1948¹⁸ verpflichteten sich alle damaligen Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen (UN), die Menschenrechte in ihren Verfassungen zu verankern und in ihrem Land durchzusetzen. Allerdings handelt es sich bei dieser Erklärung um eine UN-Resolution, die nicht völkerrechtlich verbindlich ist. Das bedeutet, dass kein Land verpflichtet ist, alle dort aufgeführten Menschenrechte einzuhalten. Andererseits haben sich 1993 auf der Welt-Menschenrechtskonferenz in Wien 171 Staaten dazu bekannt, die Menschenrechte zu achten und durchzusetzen.

Außerdem wurden seit 1945 von der UN viele

¹⁵ bequem nachzulesen in: http://www.dadalog-d.org/deutsch/Menschenrechte/Grundkurs_MR2/Materialien/dokument1.htm

¹⁶ s. http://www.constitution.org/bor/vir_bor.htm

¹⁷ s. <http://archiv.jura.uni-saarland.de/BIJUS/constitution58/decl1789.htm>

¹⁸ <http://www.un.org/depts/german/grund-dok/ar217a3.html>

Konventionen (=Verträge) vereinbart, mit denen sich die Mitgliedsstaaten verpflichten, einen Teil der Menschenrechte einzuhalten, z.B. die UN-Kinderrechtskonvention¹⁹, die von allen Mitgliedstaaten außer Somalia, dem Südsudan und den USA unterschrieben wurde. Im Gegensatz zu einer Resolution ist eine Konvention ein Vertrag, den das Land einhalten muss. Verstöße können sanktioniert werden.

Das alles heißt jedoch nicht, dass die Menschenrechte in allen Ländern garantiert wären, im Gegenteil: Menschenrechtsverletzungen gehören in vielen Teilen der Welt zum Alltag.

Außerdem werden die Menschenrechte bzw. ihre Verletzung in der internationalen Politik immer wieder als Begründung für das Eingreifen in die Angelegenheiten fremder Staaten benutzt. (*Humanitäre Intervention* – vgl. Kap. 5.7)

Aufgaben zum Weiterdenken:

1. Vergleichen Sie die „Erklärung der Menschenrechte“ von 1789 mit der von 1945.
2. Prüfen Sie die 30 Artikel der Erklärung von 1945 aus und beurteilen Sie:
 - Sind alle Rechte gleich wichtig?
 - Welche sind die wichtigsten?
 - Welche sind unter Umständen kulturabhängig und werden deshalb nicht weltweit akzeptiert?
3. Wählen Sie exemplarisch zwei Rechte aus und diskutieren Sie, was ein Staat tun müsste um sie zu garantieren.
4. Finden Sie einige aktuelle Beispiele für Menschenrechtsverletzungen und diskutieren Sie die Konsequenzen.

3 Das politische System

3.1 Exkurs: Was ist ein System?

Der Systembegriff entstand zunächst aus der philosophischen Überlegung, dass ein Ganzes

mehr ist als die Summe seiner Teile (Aristoteles). Ein Mensch ist beispielsweise mehr als eine Menge von Haut, Knochen und Organen. Was aber ist dieses „mehr“? Offensichtlich besteht dieses „mehr“ aus der sinnvollen *Wechselwirkung (Interdependenz)* zwischen den einzelnen Teilen des Ganzen. Alle Organe des menschlichen Körpers stehen in einer Beziehung zueinander. Fällt ein Organ aus, können auch andere nicht mehr optimal arbeiten, d.h. die einzelnen Elemente des Systems beeinflussen sich wechselseitig. Außerdem hat jedes Organ eine bestimmte *Funktion*. Die Systemtheorie macht dabei keinen Unterschied zwischen biologischen (z.B. Organismus), mechanischen (z.B. Maschinen) oder sozialen Systemen (z.B. Gesellschaften).

Ein Merkmal eines Systems besteht also darin, dass es aus mehreren Elementen besteht, die voneinander abhängig sind und eine Funktion besitzen. Ein weiteres Merkmal besteht darin, dass ein System gegenüber seiner Umwelt klar abgegrenzt werden kann.

Einerseits kann ein System nur bestehen, wenn seine Elemente ihre Funktion erfüllen. Andererseits erfüllt jedes System auch Funktionen gegenüber seiner Umwelt, z.B. hat das mechanische System „Uhr“ die Funktion, die Zeit anzuzeigen. Nur eine Uhr, die die korrekte Zeit anzeigt, ist *funktional*.²⁰

Die Funktionslogik von Systemen:

1. Funktionen: Die wesentliche Funktion eines biologischen oder sozialen Systems besteht darin, sich selbst zu erhalten. Darüber hinaus können einem System auch von seiner Umgebung Aufgaben zugewiesen werden. Beispiel: Die Funktion des menschlichen Körpers besteht in erster Linie darin, sich am Leben zu erhalten. Darüber hinaus können dem einzelnen Menschen soziale Funktionen zugewiesen werden.

2. Strukturen: Systeme bestehen aus interdependent miteinander verbundenen Teilen. Die Anordnung dieser Teile ist dabei nicht beliebig, sondern bildet eine *Struktur*. In sozialen Systemen können die Elemente des Systems als Rollen dargestellt werden. Dabei werden innerhalb

¹⁹ Text bei <http://www.kid-verlag.de/kiko.htm>

²⁰ nach: (SCHREYER & SCHWARZMEIER, 2005, S. 36ff)

des Systems nur die Rollen betrachtet, die für das betreffende System relevant sind. Betrachten wir z.B. das System Universität, so sind die Individuen nur in ihrer Rolle als Studenten, Dozenten, Professoren usw. interessant, nicht aber in ihren Rollen als Familienmitglied oder Politiker.

3. Analyseebene: Jedes System ist Teil von übergeordneten Systemen (Suprasystemen) und besteht seinerseits aus Subsystemen. Bei der Systemanalyse wählen wir ein System als Untersuchungsgegenstand. Danach entscheidet sich, welche Systeme als Supra- bzw. Subsysteme betrachtet werden. Wählen wir z.B. das Studienkolleg als Untersuchungsgegenstand, so bildet die Universität das Suprasystem und die einzelnen Kurse die Subsysteme.

4. Prozesse: Die Interaktion zwischen den Systemkomponenten untereinander und mit ihrer Umwelt nennt man Prozesse. Interaktion ist dabei der Austausch von Materie, Energie und Informationen zwischen den Systemelementen untereinander sowie zwischen dem System und seiner Umwelt. Systeme, die mit ihrer Umwelt interagieren, werden als offene Systeme bezeichnet. Geschlossene Systeme interagieren nicht mit ihrer Umgebung. Soziale Systeme sind immer offene Systeme.

5. Wandel: Systeme sind dynamisch. Durch die Systemprozesse verändern sich die Elemente und das ganze System. Logisch gibt es zwei Möglichkeiten: Entweder verändert das System seine Umwelt oder es wird selbst durch seine Umwelt verändert. Bei sozialen Systemen ist in der Regel beides der Fall.

Kontrollaufgabe

Was ein System ist und wie es funktioniert, kann man sich am besten an einem Beispiel klar machen. Folgende Beispiele können Sie auswählen:

- eine mechanische Uhr
- ein Krankenhaus
- eine Universität
- eine Familie

Wählen Sie ein Beispiel aus und überlegen Sie:

- Was sind Funktionen des Systems?
- Welche Elemente hat das System?
- Was sind deren Funktionen jeweils?
- Welche Analyseebenen sind möglich?
- Welches sind dann jeweils die Suprasysteme bzw. Subsysteme?
- Welche Prozesse laufen ab?

In der modernen Politikwissenschaft hat sich für die Beschreibung politischer Verhältnisse der Begriff *politisches System* durchgesetzt. Der Systembegriff wurde oben erläutert.

Als politisches System gilt

„jenes Subsystem eines Gesellschaftssystems, das sich [...] zu dem Zweck entwickelte, für eine Gesellschaft allgemeine Verbindlichkeit herzustellen“²¹.

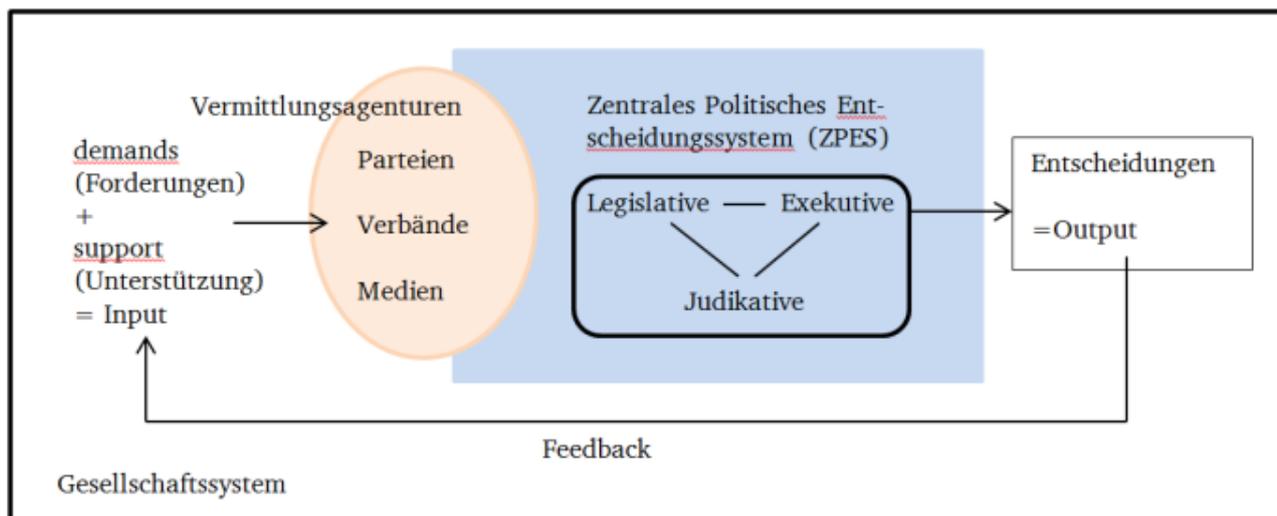
Wie jedes System hat auch das politische System Strukturen, die sich aus unterschiedlichen Rollen zusammensetzen. *Schreyer/ Schwarzmeier* nennen folgende Strukturen:

Zentrales Politisches Entscheidungssystem (ZPES) – Hier werden verbindliche Entscheidungen über die politische Ordnung getroffen. In demokratischen Systemen besteht das ZPES aus Legislative, Exekutive und Judikative. Die Entscheidungen des ZPES werden beeinflusst von den Vermittlungsagenturen.

Vermittlungsagenturen (Parteien, Medien, Verbände, Interessengruppen) – Sie haben die Funktion, politische Vorstellungen und Interessen der gesellschaftlichen Gruppen in die politischen Entscheidungsprozesse einzuspeisen. In diktatorischen Systemen ist ihre Funktion umgekehrt: Sie haben die Funktion, die Politik der Machthaber in die Gesellschaft zu transportieren.

Systemgrenzen – Das politische System lässt sich von anderen gesellschaftlichen Subsystemen abgrenzen. In rechtsstaatlichen und demokratischen Systemen ist diese Grenze eng – es existieren private Freiräume und Systeme, die nicht vom ZPES beeinflusst werden. Falls der

²¹ (PATZELT, 2007, S. 127)



H.Göttmann 2013

Staat alle gesellschaftlichen Subsysteme kontrolliert, spricht man von einem totalitären Staat.²²

An das politische System werden einerseits Forderungen (*demands*) gestellt. Diese Forderungen kommen von unterschiedlichen Subsystemen der Gesellschaft und können durchaus widersprüchlich sein. Andererseits erfährt das System auch Unterstützung (*supports*) - materiell durch Steuern und Abgaben, ideell durch die Unterstützung und Loyalität der Bevölkerung.

Kontrollaufgaben:

1. Überlegen Sie, von welchen Systemen (Gruppen) welche „demands“ an das politische System herangetragen werden. Einfacher gesagt: Was soll der Staat leisten. Sammeln Sie möglichst viele Beispiele!
2. Erklären Sie die schematische Darstellung des politischen Systems. Arbeiten Sie dazu zunächst in einer Gruppe. Klären Sie die Begriffe und machen Sie sich den Zusammenhang der Elemente klar. Bei Unklarheiten holen Sie sich „Expertenwissen“ vom Dozenten. Referieren Sie dann Ihre Ergebnisse.

3.2 Demokratische Systeme

Das altgriechische Wort *Δημοκρατία* (*demokratia*) ist aus den Begriffen *demos* (das Volk) und *kratia* (die Herrschaft) zusammengesetzt, bedeutet also die Herrschaft des Volkes.

Dabei ist die Frage, wer zum Volk gehört, gar nicht so einfach zu beantworten. Der Begriff *Volk* bezeichnet nämlich einerseits eine Gemeinschaft von Menschen, die durch eine gemeinsame Sprache, Kultur und Tradition ein Gefühl der Identität und Zusammengehörigkeit entwickelt hat.²³

Im Bereich der Politik ist mit diesem Begriff die *Rechtsgemeinschaft der Staatsbürger* gemeint. Die Staatsbürgerschaft ist aber kein natürliches Attribut des Individuums, sondern ein *Recht*. In der griechischen *polis* hatten nur die freien Männer das Bürgerrecht, in mittelalterlichen Städten konnte das Bürgerrecht erwerben, wer über einen bestimmten Zeitraum dauerhaft in einer Stadt wohnte. Wenn Ihr Kind zufällig bei einem USA-Urlaub zur Welt kommt, wird es dadurch automatisch zum amerikanischen Bürger. Das Bürgerrecht oder moderner gesprochen: die Staatsangehörigkeit kann z.B. durch Geburt auf dem Staatsterritorium erworben werden. (*jus soli*) Andere Länder, wie z.B. Deutschland geben dem *jus sanguinis* (auf Deutsch: Blutrecht) den Vorzug. Die Staatsbürgerschaft wird von den biologischen Eltern bzw. Vorfahren übernommen. In mehreren Ländern kann man die Staatsbürgerschaft auch einfach

²² (SCHREYER & SCHWARZMEIER, 2005, S. 41f)

²³ vgl. die Definition von sozialen Gruppen im Soziologie-Skript oder die *asabiya* bei Ibn Chaldun.

kaufen.²⁴ Auf jeden Fall ist die Staatsangehörigkeit eine juristische Konstruktion, die den Staatsbürger ungefragt mit Rechten und Pflichten gegenüber dem Staat ausstattet.

Die nächste Frage ist, auf welche Weise das Volk seine Herrschaft ausübt. Generell geschieht das durch Wahlen und Abstimmungen.

Es gibt unterschiedliche Formen demokratischer Systeme.

Direkte vs. repräsentative Demokratie
(s. Kapitel 8)

Parlamentarisches System
*vs. Präsidialsystem*²⁵

In einer parlamentarischen Demokratie wie z.B. in Deutschland ist das Parlament, also die Versammlung der gewählten Volksvertreter, das höchste Staatsorgan. Die Exekutive, also Bundeskanzler und Bundespräsident, wird vom Parlament durch Wahl bestimmt.

Im präsidentiellen System wird der Staatspräsident als Chef der Exekutive ebenfalls vom Volk gewählt und verfügt so über eine eigene direkte Legitimationsbasis. Dies ist z.B. in den USA, in Russland und vielen anderen Ländern der Fall.

Konkurrenz- vs. Konkordanzdemokratie

In der Konkurrenzdemokratie steht die politische Auseinandersetzung zwischen konkurrierenden politischen Parteien im Vordergrund. Im Wettbewerb zwischen politischen Positionen siegt die Meinung der Mehrheit. Einer Mehrheitsfraktion, die die Regierung bildet, steht eine Opposition gegenüber, die aber nicht unmittelbar an der Macht beteiligt ist.

Ein Vorteil dieses Systems ist die Effizienz, mit der politische Entscheidungen getroffen werden können, solange eine Mehrheit vorhanden

ist. Ein Nachteil besteht darin, dass die Interessen von Minderheiten nur unzureichend berücksichtigt werden.

Der Begriff *Konkordanz* bedeutet *Übereinstimmung* oder *Konsens*. In der Konkordanzdemokratie werden politische Entscheidungen weniger über den Wettbewerb gesucht, sondern es verhandeln möglichst alle politischen Akteure miteinander, bis sie einen Kompromiss finden. Außerdem sollen in Konkordanzdemokratien möglichst alle sozialen und politischen Gruppen einer Gesellschaft an politischen Entscheidungen beteiligt werden.

In Europa ist vor allem das politische System der Schweiz als Konkordanzdemokratie organisiert. In der Schweizer Regierung, dem Bundesrat, sind Vertreter aller gewählten Parteien im Verhältnis der erreichten Wählerstimmen vertreten. Die Rolle der Opposition spielt das Volk, das weitgehende Rechte hat, Gesetze vorzuschlagen oder per Abstimmung zu verhindern.

Die Vorteile dieses Demokratietyps sind die Integration möglichst vieler Teile der Gesellschaft in politische Entscheidungen, was in der Regel auch zu einer hohen Zufriedenheit der Bevölkerung mit ihrem Staat führt. Ein Nachteil ist die langsame Arbeitsweise und die Unfähigkeit, tiefgreifende Reformen schnell durchzusetzen. Der Schweiz zumindest hat dies aber offensichtlich bisher wenig geschadet.²⁶

Kontrollaufgaben:

1. *Grenzen Sie den soziologischen und den politisch-juristischen Volksbegriff gegeneinander ab.*
2. *Vergleichen Sie die verschiedenen Möglichkeiten, das Bürgerrecht eines Staates zu erlangen. Diskutieren Sie Vor- und Nachteile.*

²⁴ s. <http://www.sueddeutsche.de/politik/staatsbuergerschaft-gegen-geld-das-geschaeft-mit-dem-pass-1.1817530> (15.11.2013)

²⁵ ausführlicher zu lesen in: <http://www.bpb.de/izpb/9195/strukturunterschiede-und-probleme?p=all>

²⁶ vgl. Vorländer, Hans: Strukturunterschiede und Probleme [der Demokratie] in: („Demokratie | bpb“, 2005); <http://www.bpb.de/izpb/9195/strukturunterschiede-und-probleme> (15.11.2013)

3. Informieren Sie sich über das politische System der Schweiz.
4. Wie ist das politische System Ihres Heimatlandes organisiert? Vergleichen Sie in der Gruppe!

3.3 Das politische System Deutschlands.²⁷

„Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volk in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.“ (Grundgesetz, Art. 20)

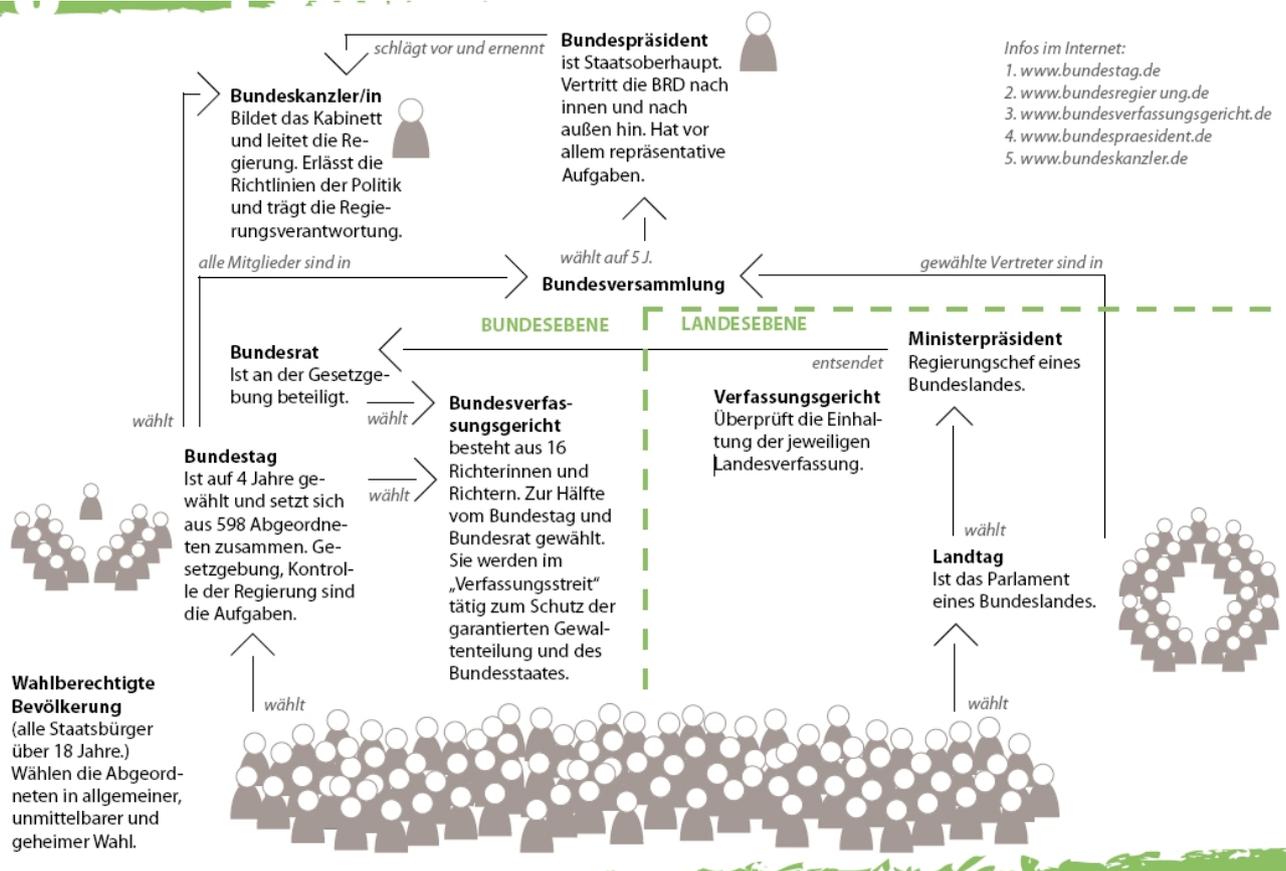
So heißt es im Artikel 20 des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland. Die von den Bürgern gewählte Legislative ist der Bundestag, das deutsche Parlament. Da die Bundesrepublik ein föderaler Staat ist, steht dem Bundestag noch eine Länderkammer, der Bundesrat, gegenüber. In dieser Kammer sitzen Abgeordnete, die von

den Parlamenten der Bundesländer dorthin geschickt werden. Nur Gesetze, die die Länderinteressen berühren, müssen sowohl vom Bundestag als auch vom Bundesrat gebilligt werden.

Daraus folgt, dass die Staatsmacht von den beiden Parlamenten, vorwiegend vom Bundestag als Legislative und dem vom Bundestag gewählten Bundeskanzler und seinen Ministern als Exekutive ausgeübt wird. Soweit das Prinzip. Um die Eingangsfrage präziser zu beantworten, sind aber noch einige Überlegungen nötig.

Oberstes Organ der Legislative ist der aus allgemeinen, freien und direkten Wahlen hervorgegangene *Bundestag*. Er besteht aus mindestens 598 Abgeordneten und verhandelt grundsätzlich öffentlich. Er wählt den Bundeskanzler und die Hälfte der Bundesverfassungsrichter.

Der Bundestag ist das oberste Organ der Gesetzgebung. Er ermächtigt die Regierung zum Erlass von Rechtsverordnungen, stellt durch Gesetz den Haushaltsplan fest (Budgetrecht),



²⁷ ausführlicher dargestellt im entsprechenden Dossier der Bundeszentrale f. politische Bildung: (BPB, 2007)

erteilt die Zustimmung zu internationalen Verträgen und entscheidet im Verteidigungsfall.

Der *Bundesrat* wird nicht vom Volk gewählt, sondern besteht aus Mitgliedern der Landesregierungen. Dabei hat jedes Bundesland mindestens 3, Länder mit mehr Einwohnern je nach Einwohnerzahl bis zu 6 Stimmen. Die Stimmen eines Bundeslandes können bei Wahlen und Abstimmungen nur einheitlich abgegeben werden. Der Bundesrat wählt die Hälfte der Bundesverfassungsrichter und muss Gesetzen, die die Länderinteressen betreffen, zustimmen.

Das *Bundesverfassungsgericht* ist ein selbstständiger Gerichtshof, dessen Entscheidungen alle anderen staatlichen Organe binden. Die Richter am BVerfG werden zur Hälfte von Bundesrat und Bundestag gewählt. Ihre Amtszeit beträgt 12 Jahre. Der Präsident des BVerfG wird abwechselnd von Bundestag und Bundesrat gewählt. Jeder Richter kann nur einmal gewählt werden.

Die *Bundesregierung* besteht aus dem Bundeskanzler und den Bundesministern (Kabinett). Der Bundeskanzler wird vom Bundestag gewählt, er bestimmt die Richtlinien der Politik und ist im Verteidigungsfall der oberste Befehlshaber der Streitkräfte. Der Bundeskanzler schlägt die Minister dem Bundespräsidenten zur Ernennung und Entlassung vor (was dieser auch immer tut). Der Bundeskanzler kann vom Parlament nur abgesetzt werden, wenn der Bundestag mit der Mehrheit seiner Stimmen einen neuen Kanzler wählt. Einzelne Minister können nicht vom Parlament gestürzt werden. Internationale Verträge, die die Regierung abschließt, müssen vom Parlament genehmigt (ratifiziert) werden. Auch der Haushaltsplan des Landes muss vom Bundestag verabschiedet werden.

Die *Gesetzgebung* beginnt mit der Einbringung einer Gesetzesvorlage (=Gesetzentwurf) beim Bundestag durch die Bundesregierung, aus der Mitte des Bundestages oder durch den Bundesrat. Diese Entwürfe werden im Bundestagsplenum dreimal beraten, wobei sie nach der ersten Lesung an einen Ausschuss überwiesen werden. Im Grundgesetz ist geregelt, welche

Art von Gesetzen der Zustimmungspflicht des Bundesrates unterliegt. Solchen Gesetzen muss auch der Bundesrat zustimmen, damit sie wirksam werden.

Kontrollaufgaben:

1. Teilen Sie die genannten Institutionen in Legislative, Exekutive und Judikative ein.

2. Ist das Bundesverfassungsgericht Ihrer Meinung nach wirklich unabhängig? Warum können dessen Richter nur einmal gewählt werden?

3. Was kann der Bundestag tun, um einen Kanzler los zu werden? - Was kann der Kanzler tun, wenn er gerne andere Minister hätte?

4 Wer hat die Macht im Staat? Akteure²⁸ im politischen System

Ein naives Verständnis von Politik sieht das Verhältnis von Staat und Volk als eine Beziehung zwischen den Staatsorganen und einzelnen Menschen, die in Form von Wahlen indirekt die Politik eines Staates bestimmen. Wir haben im vergangenen Semester gesehen, dass die Akteure gesellschaftlichen Handelns selten Individuen, in den meisten Fällen *Gruppen* sind. (vgl. GÖTTMANN, 2012a). Daraus folgt, dass wir bei der Suche nach den Akteuren im politischen System vor allem nach Gruppen suchen müssen, die

4.1 Parteien

Im Politiklexikon von Schubert/Klein werden politische Parteien folgendermaßen definiert:

„P. bezeichnet eine auf Dauer angelegte Organisation politisch gleichgesinnter Menschen. P. verfolgen bestimmte wirtschaftliche, gesellschaftliche etc. Vorstellungen, die (i. d. R.) in P.-Programmen festgeschrieben sind, sowie das Ziel, Regierungsverantwortung zu übernehmen.“²⁹

²⁸ der Akteur: in Soziologie und Politik „der Handelnde“, wobei es sich dabei sowohl um Individuen als auch um Gruppen handeln kann

²⁹ Schubert; Klein 2011, S. 111

Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland hat im Gegensatz zu den meisten anderen Staaten die politischen Parteien zu einer verfassungsmäßigen Institution erklärt. Dadurch sind die Parteien in die Verfassung eingebaut.

Grundgesetz, Artikel 21

- 1. Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit. Ihre Gründung ist frei. Ihre innere Ordnung muss demokratischen Grundsätzen entsprechen, Sie müssen über die Herkunft ihrer Mittel öffentlich Rechenschaft geben.*
- 2. Parteien, die nach ihren Zielen oder nach dem Verhalten ihrer Anhänger darauf ausgehen, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen oder den Bestand der Bundesrepublik Deutschland zu gefährden, sind verfassungswidrig. Über die Frage der Verfassungswidrigkeit entscheidet das Bundesverfassungsgericht. (...)*

Damit haben die politischen Parteien eine wichtige Machtposition im deutschen Staat. Sie bilden sozusagen die Vermittler zwischen dem Volkswillen und der Legislative. Wer nicht für eine politische Partei kandidiert, hat kaum eine Chance, in den Bundestag zu kommen. Bei den Wahlen zum Bundestag gilt die sog. 5%-Klausel, d.h. nur Parteien, die mehr als 5% der Wählerstimmen erhalten, bekommen Mandate im Bundestag. Die Abgeordneten einer Partei im Bundestag bilden eine Fraktion. Die wichtigen politischen Diskussionen finden nicht im Parlament, sondern in den Fraktionsräumen statt. Im Bundestag sagen die Redner in der Regel das, was vorher in der Fraktion abgesprochen wird. Die Fraktion entscheidet auch, welcher Abgeordnete im Parlament sprechen darf. Politisch unerfahrene Abgeordnete müssen sich durch Disziplin erst das Vertrauen ihrer Fraktion verdienen, bevor sie überhaupt ans Mikrofon dürfen.

Die politischen Parteien sind jedoch nicht nur in den Parlamenten aktiv. Im öffentlichen Dienst, in den Aufsichtsgremien für Rundfunk und

Presse, in Hochschulen und anderen öffentlichen Einrichtungen werden führende Positionen nach dem „Parteienproporz“ besetzt. Dadurch haben die Parteien einen starken Einfluss auf die politische Meinung im Land.

Kontrollaufgaben:

- 1. Welche Rechte und Pflichten von Parteien werden in Artikel 21 GG formuliert?*
- 2. Welche Kontrollmöglichkeit hat der deutsche Staat gegenüber den Parteien?*
- 3. Warum kann ein parteiloser Bürger nur sehr schwer Abgeordneter werden?*
- 4. Welche Voraussetzungen muss eine Partei erfüllen, um Abgeordnete in den Bundestag zu schicken?*
- 5. Was sind Fraktionen und welche Rolle spielen sie?*
- 6. Welche außerparlamentarischen Einflussmöglichkeiten der Parteien werden genannt?*

4.2 Lobby

Neben den Parteien gibt es - nicht nur in Deutschland - weitere mehr oder weniger mächtige Interessengruppen, die sich in Form von Verbänden organisiert haben. Die klassische Organisation dieser Gruppen ist der *Verband*.

Man bezeichnet diese Interessengruppen auch als *Lobby*. Der Name leitet sich von der Eingangshalle im britischen und amerikanischen Parlament her, wo man früher die Abgeordneten treffen und ihnen sein Anliegen vortragen konnte. Metaphorisch bedeutet Lobbyismus eine Tätigkeit im Vorfeld der eigentlichen politischen Entscheidungssphäre, den Versuch von Interessenverbänden, sich über politische Projekte zu informieren und politische Entscheidungsträger zu beeinflussen.³⁰

Besonders mächtig sind Verbände, die wirtschaftliche Interessen vertreten. Das sind auf

³⁰ ausführliche und kritische Informationen bei <https://lobbypedia.de>

der einen Seite die Industrieverbände mit ihrem Dachverband „Bundesverband der deutschen Industrie“ (BDI) und die Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände (BDA), die die sozialpolitischen Interessen der deutschen Unternehmer vertritt. Auf der anderen Seite stehen die Gewerkschaften, die mit ihrem Dachverband, dem Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) die Interessen der Arbeitnehmer vertreten. Daneben gibt es noch Berufsverbände (Ärztbund, Bauernverband) und Sozialverbände. Auch religiöse Gruppen – allen voran die großen christlichen Kirchen – haben oft großen Einfluss auf staatliches Handeln.

In den letzten Jahren hat sich der Lobbyismus in Deutschland und Europa stark verändert. Die klassischen Verbände, vor allem die Arbeitnehmersverbände (Gewerkschaften) verloren Mitglieder und Macht. Die kritische Webseite *Lobby Control* schreibt dazu:

„Mit dem Regierungsumzug nach Berlin und der vertieften europäischen Integration hat sich die Landschaft der Lobbyakteure erweitert und diversifiziert. Die klassischen Verbände verlieren an Bedeutung. Stattdessen unterhalten viele große Unternehmen eigene Lobbybüros in Berlin, um direkt Einfluss zu nehmen. Viele spezialisierte und hochprofessionelle Lobbydienstleister verkaufen ihr Können an zahlungskräftige Kunden. Neben Lobbyagenturen mischen auch Anwaltskanzleien, Beratungsunternehmen oder intransparent finanzierte Denkfabriken im politischen Geschäft mit. An privaten Hochschulen bekommen Lobbyist/innen und solche, die es werden wollen, das Handwerkszeug moderner Lobbyarbeit vermittelt. Im Ergebnis ist Lobbyarbeit aufwändiger, teurer und undurchsichtiger geworden – dies begünstigt finanzstarke Akteure und erschwert politische Abwägungsprozesse.“³¹

Rund 5000 Lobbyisten waren 2014 in Berlin tätig. In Brüssel schätzt man ihre Zahl auf 15 000.

Die Verbände nehmen auf verschiedene Weise Einfluss auf die politischen Entscheidungen der Legislative.

Die Einflussnahme reicht von informellen Gesprächen zwischen Abgeordneten und Verbandsvertretern bis zur Einreichung von wissenschaftlichen Gutachten, Statistiken und ausformulierten Gesetzentwürfen. Umgekehrt sind die Entscheidungsgremien ihrerseits auf den Zufluss von Informationen und Spezialwissen aus den Verbänden angewiesen. Manchmal wird das Wohlwollen eines Politikers auch durch einen hoch bezahlten Posten in einem Aufsichtsrat oder als „Berater“ erkaufte. Aus diesem Grund sind die Bundestagsabgeordneten verpflichtet, die Quellen ihres Einkommens zu veröffentlichen.

Schließlich verfügen die Verbände und Gewerkschaften über einen erheblichen Einfluss auf die Medien - alle Verbände haben eine große Presseabteilung, die an der öffentlichen Diskussion politischer Probleme aktiv teilnimmt.

Weit stärker als in Deutschland ist der Einfluss der Verbände z.B. in den USA, weil dort ein erfolgreicher Wahlkampf für politische Ämter nur möglich ist, wenn der Kandidat immense Geldmittel mobilisieren kann. Diese kommen in der Regel von finanzkräftigen Sponsoren, die natürlich nach der Wahl auch ihre Interessen in der Politik vertreten sehen wollen. Es ist kein Zufall, dass sowohl George W. Bush als auch sein Stellvertreter Dick Cheney aus der Ölindustrie kamen. Die „National Rifle Association“ (Waffenbesitzer-Verband), ebenfalls ein Unterstützerverband der Republikaner, hat es immer wieder geschafft, eine restriktive Waffenbesitzregelung in den USA zu verhindern und damit dafür gesorgt, dass in den USA das Risiko, erschossen zu werden, höher ist als in den meisten Ländern der Dritten Welt.³² Präsident Obama wurde vor allem von der Finanzwirtschaft im Wahlkampf unterstützt. Ob man dies an seiner Politik erkennen kann, überlasse ich Ihrem Urteilsvermögen.

Eine interessante und ebenfalls besonders in den USA verbreitete Form der Lobbyarbeit sind die sogenannten *Think Tanks*. Eine solche *Denkfabrik* ist eine Organisation meist von Wissenschaftlern, die politische Konzepte entwickeln

(abger. 15.9.2014)

³¹ <https://www.lobbycontrol.de/lobbyismus-hoeht-die-demokratie-aus-zehn-thesen/> (abger. 15.9.2014)

³² Ausführlichere Informationen über die Arbeitsweise von Verbänden finden Sie bei: http://www.verbaende.com/forum_dritter_sektor.htm#Aktionsformen

und in der Öffentlichkeit durchsetzen soll. Finanziert werden diese Forschungseinrichtungen meist durch Stiftungen, die von Interessengruppen gegründet werden. In der Öffentlichkeit sehen diese Institutionen wie eine unabhängige Forschungseinrichtung aus, sind in Wirklichkeit aber Instrumente, um eine bestimmte Richtung der Außen- oder Innenpolitik wissenschaftlich zu untermauern und politisch durchzusetzen. Auch in Deutschland existieren solche Denkfabriken, die mehrheitlich von der Wirtschaft finanziert werden.³³ Aber auch alle großen Parteien betreiben Stiftungen. Die Parteistiftungen könnten für Sie als Studenten ganz praktisch von Interesse sein: Sie vergeben nämlich Stipendien für besonders begabte Studenten!³⁴

Diese Art von Lobbyismus beschränkt sich nicht auf die Politik einzelner Staaten. Im Zeitalter der Globalisierung existieren auch supranationale Think Tanks, wie z.B. der *Club of Rome*³⁵. Internationaler Lobbyismus wird z.B. auch auf dem *Weltwirtschaftsforum* betrieben – ebenfalls eine private Stiftung, die jährlich in Davos tagt.

Schließlich gibt es noch mehr oder weniger geschlossene Clubs, in denen sich hochrangige Politiker und wichtige Personen aus Wirtschaft und Gesellschaft regelmäßig treffen, um ohne öffentliche Kontrolle über politische Themen zu sprechen. Das Spektrum reicht vom *katholischen Männerverein Tuntenhausen* (Er heißt wirklich so!)³⁶, wo sich die wichtigen bayrischen CSU-Politiker „ganz privat“ treffen bis zu den *Bilderbergern* – einer jährlichen internationalen Versammlung hochkarätiger Politiker, Wissenschaftler und Wirtschaftsvertreter.³⁷

Da die Gespräche bei diesen Treffen nicht veröffentlicht werden, kann man nur vermuten, dass dort nicht nur intelligent geplaudert, sondern auch ganz reale Politik gemacht wird. Kritiker sehen darin ein undemokratisches Element, da die Diskussionen nicht öffentlich sind.

Andererseits müssen Politiker auch, wenn sie in einem „Geheimclub“ Entscheidungen treffen sollten, diese im politischen System ihres Heimatlandes durchsetzen.

Kontrollaufgaben

- 1) Welche Verbände werden in diesem Text genannt, was/wen vertreten sie?
- 2) Definieren Sie den Begriff „Lobby“ im wörtlichen und im politischen Sinn.
- 3) Welche Methoden benutzt die „Lobby“, um Einfluss auf die Politik zu nehmen?
- 4) Wie kann man kontrollieren, ob ein Abgeordneter von der Lobby bezahlt wird?
- 5) Ein wichtiger „Think Tank“ für die deutsche Außenpolitik ist z.B. die „Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik ev.“. Recherchieren Sie bitte!
- 6) Befürworter des Lobbyismus betonen, dass alle gesellschaftlichen Gruppen die Freiheit haben, Lobbyismus zu betreiben. Dadurch würden sich die Interessen ausgleichen, die in das politische System eingespeist werden. Lobbyismuskritiker behaupten dagegen, dass zwar jede Gruppe das Recht auf Lobbyismus habe, jedoch nur wirtschaftlich starke Gruppen wirklich die Macht, staatliche Entscheidungen zu beeinflussen. Was meinen Sie?

4.3 Macht und Ohnmacht der Medien

In dem Systemmodell (s. Kap 3.1) sind die Medien mit den politischen Parteien und den Verbänden als „Vermittlungsagentur“ zwischen Volk und Staat angesiedelt. Andere Politikwissenschaftler bezeichnen die Medien hingegen als „vierte Gewalt“³⁸ und sehen sie damit als Teil des zentralen politischen Entscheidungssystems. Wenn hier über Medien gesprochen

³³ vgl. (THUNERT, 2003)

³⁴ Die wichtigsten Parteistiftungen:

CDU: Konrad-Adenauer-Stiftung <http://www.kas.de/>

SPD: Friedrich-Ebert-Stiftung <http://www.fes.de/>

GRÜNE: Heinrich-Böll-Stiftung <http://www.boell.de>

FDP: Friedrich-Naumann-Stiftung <http://www.fnst.de>

³⁵ <http://www.clubofrome.org> (06/2005)

³⁶http://de.wikipedia.org/wiki/Katholischer_M%C3%A4nnerverein_Tuntenhausen

³⁷ Weitere wichtige transnationale Think Tanks sind u.a.: Council on Foreign Relations (<http://www.cfr.org/>), Trilaterale Kommission (<http://www.trilateral.org/>)

³⁸ vgl. (BPB, 2012)

wird, sind in erster Linie die modernen Massenmedien Fernsehen, Rundfunk, Zeitung und Internet gemeint.

Ein politisches System, das seine Legitimität aus der Partizipation des Volkes bezieht, ist ohne freie Medien nicht denkbar. Partizipation setzt einerseits umfassende Information der Bürger voraus und andererseits die Möglichkeit für Individuen und Gruppen, sich öffentlich zu äußern. Die modernen Massenmedien haben dabei „in vielen Bereichen eine Steuerungs- Kontroll- und Orientierungsfunktion übernommen.“³⁹

Massenmedien haben eine „umfassende Berichts- und Informationsgewalt“.⁴⁰ In den Redaktionen der großen Zeitungen und Fernsehanstalten wird entschieden, welche der unendlich vielen Ereignisse eines Tages zur „Nachricht“ wird. Die Medien stellen dadurch ein öffentliches Bewusstsein her, welche Themen „wichtig“ und welche „unwichtig“ sind.⁴¹ Die Auswahl von Nachrichten aber vor allem Bildern im Fernsehen beeinflusst stark die emotionale Haltung der Öffentlichkeit zu politischen Fragen.

Wie bei jeder öffentlichen Gewalt stellt sich hier die Frage, von wem und wie sie kontrolliert wird. Zunächst ist die Meinungs- und Pressefreiheit im Artikel 5 Grundgesetz geregelt:

„(1) Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.

(2) Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre.“⁴²

Eine effiziente Kontrolle besteht theoretisch in der Pluralität der Medienlandschaft. Wenn

möglichst viele gesellschaftlichen Gruppen und politischen Richtungen in den Medien zu Wort kommen (Meinungsvielfalt), müsste es den Bürgern eigentlich möglich sein, sich daraus selbst eine Meinung zu bilden. In der Realität hat die Meinungsvielfalt in den kommerziellen Medien aber Grenzen. Die wichtigsten sind:

- Ausrichtung kommerzieller Medien am Publikumsgeschmack, daher Orientierung am Sensationswert und Übernahme von Vorurteilen,
- Druck sanktionsfähiger Gruppen (Werbetreibende, Politik, Eliten),
- Einflüsse von Informationsanbietern wie staatliche Nachrichtenagenturen,
- wirtschaftliche Konzentration vieler Medien in der Hand weniger Eigentümer,
- verschärfte Arbeitsbedingungen der Journalisten, die keine Zeit für Recherche lässt und stattdessen zur Übernahme von Nachrichten aus den *Leitmedien* führt,
- wirtschaftliche Abhängigkeit der Journalisten von den Verlagen und Anstalten, was dazu führt, dass sie sich auf die Wiedergabe der *Manstream* - Meinung beschränken.

Andererseits hat sich mit dem Internet das Angebot an frei zugänglichen Nachrichten und Meinungen weit über die traditionellen Medien (Printmedien, Rundfunk, Fernsehen) hinaus erweitert. Die beste Kontrolle der Medienmacht dürfte deshalb der mündige, kritische Konsument sein, der Nachrichten nicht kritiklos konsumiert, sondern mit einem gesunden Misstrauen verfolgt und auch Informationsquellen jenseits des Mainstream nutzt. Eine wichtige Rolle spielen in diesem Zusammenhang auch die sozialen Netzwerke im Internet wie Twitter oder Facebook, die z.B. beim „arabischen Frühling“ 2011/12 die Funktion der Information und Meinungsbildung in der Bevölkerung zu einem großen Teil übernommen haben.⁴³ Das auch die Deutschen mit den Massenmedien kritisch umgehen, zeigten 2014 die empörten Re-

³⁹ (SCHIELE, 2002, S. 3)

⁴⁰ (SCHIELE, 2002, S. 5)

⁴¹ für die Auswahl von Nachrichten wird in der Regel das „GUN“-Prinzip herangezogen. vgl. dazu: (SCHIELE, 2002, S. 5)

⁴² (Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland, Art. 5)

⁴³ (vgl. MILZ, 2011)

aktionen der Leser und Zuschauer auf die einseitige Berichterstattung der deutschen Leitmedien über die Ukraine-Krise. Aufschlussreich ist in diesem Zusammenhang ein sehr analytisches Interview mit Gabriele Krone-Schmalz, der ehemaligen ARD-Korrespondentin in Moskau.⁴⁴

Angesichts dieser Informationsflut ist es jedoch äußerst wichtig, dass die Konsumenten unterscheiden können zwischen seriösen Informationsquellen und solchen, die statt Information Propaganda, Lügen oder Halbwahrheiten verbreiten. Die Frage, wie das möglich ist, wäre an dieser Stelle zu diskutieren.

Interessant ist in diesem Zusammenhang die Verbindung zwischen den Medien und den zentralen politischen Entscheidungsinstanzen. Zwischen Medien und Politikern besteht – wie bei den Verbänden – eine gegenseitige Abhängigkeit. Die Journalisten sind für ihre Arbeit auf „Insider-Informationen“ aus der Politik angewiesen und insofern abhängig vom Wohlwollen der Informationsträger, also der Politiker. Auf der anderen Seite sind die Politiker zur Darstellung ihrer Politik und ihrer Person auf die Medien angewiesen. Da auf beiden Seiten Sanktionen möglich sind (Ausschluss von Informationen einerseits und Beschädigung des Ansehens andererseits), ist dieses Verhältnis i.d.R. von gegenseitiger Rücksichtnahme geprägt. Das ist aber nicht immer so.⁴⁵

Journalisten, die sich durch kritische Fragen allzu unbeliebt machen, werden von wichtigen Insider-Informationen abgeschnitten und Politiker, die sich z.B. mit der BILD-Zeitung anlegen, werden mit geballter Medienmacht aus dem Amt gemobbt, wie z.B. der ehemalige Bundespräsident Christian Wulff.⁴⁶

Inzwischen haben auch westliche Regierungen gelernt, die Medien zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung professionell zu nutzen, allen voran die USA. Dort wurden schon während

der Clinton-Ära die bestehenden Organisationen der Auslandspropaganda in eine schlagkräftige Organisation unter Kontrolle des Außenministeriums integriert. Der Jahresetat des Außenministeriums für diesen Zweck beträgt über eine Milliarde Dollar. Die staatlichen Agenturen arbeiten dabei mit Werbeagenturen und vor allem mit den Geheimdiensten zusammen. Sie sind dadurch im Besitz von Informationen, die kein unabhängiger Journalist recherchieren könnte und mit dem die Medien „gefüttert“ werden. (*Feeding the media*) Thymian Bussemer behauptet gar, heutige internationale Konflikte würden von den USA „als Medienergebnis inszeniert“.⁴⁷ Politische Akteure, denen in den Massenmedien kein Raum gegeben wird, können auf der anderen Seite mit den *Neuen Medien* (soziale Netzwerke, Youtube u.ä.) einen erheblichen Einfluss gewinnen, wie z.B. die erfolgreiche internationale Rekrutierung von Kämpfern für die Terror-Organisation *Islamischer Staat* gezeigt hat.⁴⁸

Es kann auch vorkommen, dass mächtige Medienkreise einer Regierung oder dem demokratischen System selbst feindlich gegenüberstehen und ihren Einfluss nutzen, um das System zu destabilisieren. Das war z.B. in der Weimarer Republik der Fall, wo der Hugenberg-Medienkonzern eine wichtige Rolle bei der Schaffung einer antidemokratischen Einstellung in der Bevölkerung spielte.⁴⁹

Kontrollaufgaben

1. *Welche Aufgaben der Medien werden im Text genannt?*
2. *Wodurch ist die Freiheit der Medien begrenzt?*
3. *Welche Abhängigkeit besteht zwischen Medien und politischer Elite?*
4. *Wie kann die Funktion gestört werden?*

⁴⁴ <http://www.youtube.com/watch?v=22VfEe1RkH8>

⁴⁵ vgl. (MAYER, 2014)

⁴⁶ vgl. (WULFF, 2014)

⁴⁷ bei (BUSSEMER, 2003) sind die Mechanismen des Medienkriegs am Beispiel des Irak-Krieges knapp und gut verständlich erläutert.

⁴⁸ (RÖTZER, 2014)

⁴⁹ Zum Hugenberg-Konzern und seiner politischen Rolle vgl. <http://www.stern.de/politik/geschichte/alfred-hugenberg-hitlers-steigbuegelhalter-503294.html>

5. Diskussion: Sind die Medien in Deutschland frei?

4.4 Die Macht des Kapitals

Spätestens nach dem Zerfall der Sowjetunion 1991 und der Einführung der kapitalistischen Marktwirtschaft in China hat sich bis auf wenige unbedeutende Ausnahmen der liberale Kapitalismus⁵⁰ als Wirtschaftsform weltweit durchgesetzt. Damit rückt ein Thema in den Blickpunkt, das zuvor schon kontrovers diskutiert wurde, nämlich das Verhältnis von Staat und Kapital.

Was ist Kapital

Kapital ist zunächst ein Begriff aus der Ökonomie und bezeichnet einen Wert, der eingesetzt (investiert) wird, um einen Mehrwert zu erzielen. In dieser Bedeutung kann Kapital natürlich kein Akteur im politischen Spiel sein. Wenn in der politischen Diskussion von der *Macht des Kapitals* die Rede ist, dann ist dies zu verstehen als die Macht derjenigen, die Kapital besitzen und daran interessiert sind, dass es sich vermehrt. In der politischen Diskussion werden diese Akteure auch oft als *der Markt* oder *die Märkte* bezeichnet.

Wenn ich eine VW-Aktie kaufe oder einen Würstchenstand auf dem Marktplatz eröffne, bin ich im Prinzip ein *Kapitalist* oder - nach Wolfgang Streeck – „kapitalabhängig“.⁵¹ Die ernst zu nehmenden Akteure im Feld der Politik sind natürlich keine Würstchenbudenbesitzer und Kleinaktionäre, sondern große Firmen, Banken und die Besitzer oder Verwalter sehr großer Vermögen. Die Aktivitäten dieser Akteure sind im Gegensatz zu nationalen Medien, Parteien und Verbänden nicht auf einen Staat beschränkt, sondern international.

⁵⁰ Eine Diskussion der verschiedenen Ausprägungen des Kapitalismus würde hier zu weit führen. Falls Sie sich dafür interessieren, bietet der Wikipedia-Artikel „Kapitalismus-Modelle“ einen guten Ausgangspunkt.

⁵¹ (STREECK, 2013a, S. 28)

⁵² Die Firma Apple hat ihren europäischen Firmensitz in Irland, wo besonders niedrige Steuern gelten und zahlte deshalb in Europa 2012 nur 1,9% Steuern auf einen Gewinn von 36,8 Millionen Euro. (Marlies Uken in: Die Zeit v. 6.11.2012) Die Firma Starbucks bezahlt seit über 10 Jahren überhaupt keine Steuern. Starbucks macht zwar

Worin besteht die Macht des Kapitals?

Um seine Aufgaben zu erfüllen, benötigt der Staat entsprechende Mittel, die er hauptsächlich aus zwei Quellen bekommt:

- von den Bürgern als Steuern auf das Einkommen (Einkommenssteuer), und den Konsum (Mehrwertsteuer).
- Von Unternehmen und Kapitalbesitzern in Form von Unternehmenssteuern und Kapitalertragssteuern.

Das funktioniert am besten, wenn die beteiligten Akteure ihren finanziellen *input* als legitim ansehen. Sie werden dies wahrscheinlich tun, wenn sie mit dem *output* des Systems zufrieden sind. Wo dies nicht der Fall ist, werden die Akteure versuchen, die Zahlungen an den Staat zu vermeiden. Den Arbeitnehmern bleibt dazu nur die illegale Schwarzarbeit, Unternehmen und Finanzinstitute haben dagegen wesentlich mehr und außerdem legale Möglichkeiten.

- Verlagerung der Firmenzentrale in ein Land mit niedrigeren Steuern (→ Verlust von Steuereinnahmen für den Staat)⁵²,
- Verlagerung der kompletten Produktion in ein anderes Land (→ Verlust von Arbeitsplätzen)⁵³,
- Transfer großer Geldbeträge in ausländische Märkte mit höheren Renditen. (→ Verlust von Kapital)

Dies ist für internationale Großunternehmen leichter als für nationale mittelständische und

Millionengewinne, transferiert sie aber in die Niederlande, wo auf ausländische Gewinne keine Steuern gezahlt werden müssen. (Handelsblatt v. 19.6.2013)

⁵³ In Bochum baute NOKIA seit 1988 mit finanzieller Unterstützung des deutschen Staates mit über 4000 Beschäftigten Telefone und Fernsehgeräte. 2008 schloss Nokia das Werk aus „Wettbewerbsgründen“ und verlagerte die Produktion in ein neues Werk in Rumänien. 2012 wurde auch das rumänische Werk „aus Kostengründen“ geschlossen.

es ist besonders leicht für Finanzinstitute⁵⁴, denn im Gegensatz zu einer Automobilfabrik kann man Milliarden mit einem Mausklick in Sekundenschnelle an das andere Ende der Welt verlagern.

Unter den Regierungen der westlichen Welt gilt es heute als Konsens, dass man diese Bewegungen nicht mit staatlichen Mitteln regulieren kann bzw. soll und deshalb möglichst gute Bedingungen für Investoren anbieten muss. (Wirtschaftsliberalismus) Auf keinen Fall dürfe der Staat etwas tun, was das Kapital aus dem Land treibt. So hat sich in den letzten vierzig Jahren eine globale Konkurrenz um die niedrigsten Steuern, die höchsten Subventionen und die niedrigsten Lohnkosten entwickelt.

Als Ergebnis dieser Entwicklung werden die Staatseinnahmen aus der Kapitalbesteuerung in Deutschland und auch anderen Staaten seit etwa 40 Jahren immer unsicherer bzw. sinken. Damit der Staat seine Aufgaben weiter erfüllen kann, bleiben zunächst zwei Möglichkeiten:

- Erhöhung derjenigen Steuern, die alle Bürger bezahlen müssen, wie Einkommenssteuer und Mehrwertsteuer,
- Senkung der Steuern auf Kapitaleinnahmen um Investoren anzulocken bzw. im Land zu halten.⁵⁵
- Senkung der Staatsausgaben z.B. durch Kürzung von Sozialleistungen und Infrastrukturmaßnahmen.

Hier wird bereits offensichtlich, dass die Akteure des Kapitalmarkts einen großen Einfluss auf die Handlungsfähigkeit der Staaten und auch auf die Struktur des sozialen Systems haben.⁵⁶

Für das politische System bedeutet dies nämlich, dass es immer schwieriger einen Output erzeugen kann, der alle Teile der Bevölkerung zufrieden stellt. Der Staat hat nun die Wahl, einen Teil des Volkes bewusst zu enttäuschen. Damit riskiert er gesellschaftliche Instabilität und Verteilungskonflikte. (vgl. den „arabischen Frühling“ seit 2011 oder die Protestbewegungen in Griechenland und Spanien 2014-2015) Er kann auch versuchen, verschiedene Gruppen gegeneinander auszuspielen.⁵⁷ Er kann aber auch nach neuen Finanzquellen suchen, um seine Aufgaben wenigstens auf niedrigem Niveau zu erfüllen.

Es gibt jedoch noch eine dritte Möglichkeit. Der Staat kann auf dem Kapitalmarkt Geld leihen, er macht also Schulden. Dies geschieht entweder, indem er *Staatsanleihen* (Bonds) verkauft, die nach einer bestimmten Zeit mit Zinsen zurückgenommen werden oder indem er direkt Kredite bei privaten Banken oder bei der Zentralbank aufnimmt.⁵⁸

Was bis in die siebziger Jahre des vorigen Jahrhunderts nur für Drittweltländer galt, gilt heute auch für viele europäische Staaten: die Ausgaben für die Rückzahlung der Kredite und für die Zinsen sind so hoch, dass nur wenig Geld für die eigentlichen Staatsaufgaben bleibt. Einige Länder wie Griechenland oder Portugal hatten 2013 sogar so hohe Schulden, dass Rückzahlung und Zinsen gefährdet waren. Im Extremfall können wenige Gläubiger⁵⁹ ein großes Land wie Argentinien in den Staatsbankrott treiben.⁶⁰

Verstärkt wird die Krise in der Regel noch durch Rating-Agenturen.⁶¹ Das sind private Firmen, die die Kreditwürdigkeit von Firmen oder ganzen Ländern beurteilen. Drei große Agenturen – *Standard & Poor's*, *Moody's* und *Fitch Ratings* – beherrschen 95% des Weltmarkts. Wenn S&P

⁵⁴ Für einen ersten Einstieg in das Thema „Finanzmärkte“ empfehle ich das entsprechende Online-Dossier der Bundeszentrale für politische Bildung: (BPB, 2013)

⁵⁵ Was würden die griechischen Reeder wohl tun, wenn sie Steuern zahlen müssten? Genau: Ihre Schiffe nach Liberia oder Panama ausflaggen, so wie es auch die deutschen Reeder tun. (Ein Reeder ist ein Besitzer von Schiffen. In Griechenland sind sie von der Steuerpflicht befreit.)

⁵⁶ vgl. dazu (STREECK, 2013b, S. 94 f.)

⁵⁷ Dies geschieht z.B. durch politische Kampagnen, die die Gründe für Arbeitslosigkeit in der Faulheit der Arbeitssuchenden und nicht im Mangel an Jobs sieht.

⁵⁸ vgl. (STREECK, 2013b, S. 109 ff. Kapitel „Vom Steuerstaat zum Schuldenstaat“)

⁵⁹ der Gläubiger: derjenige, der Geld verleiht und zurück bekommen soll. Bitte nicht mit „der Gläubige“ verwechseln – das ist ein religiöser Mensch.

⁶⁰ http://www.sueddeutsche.de/thema/Schuldenkrise_in_Argentinien

⁶¹ ausführlich analysiert bei (ROSENBAUM, 2008a)

die Kreditwürdigkeit eines Landes auf B oder sogar C (Zahlungsausfall wahrscheinlich) setzt, zieht sofort ein großer Teil der Anleger ihr Geld aus diesem Land ab - Natürlich auch die Bürger des Landes selbst. Länder mit einem schlechten Rating sind gezwungen, sehr hohe Zinsen zu zahlen, um weiter an Kredite zu kommen. Dadurch verschärft sich die Finanzkrise zusätzlich.⁶²

Da die Gläubiger jedoch daran interessiert sind, ihr Geld zurück zu bekommen, kommt in solchen Fällen in der Regel ein „Hilfsangebot“. Im Fall von Griechenland 2013 kam diese „Hilfe“ von einer „Troika“ aus der EU-Kommission, der europäischen Zentralbank und dem Internationalen Währungsfonds (IWF). (zum IWF s. auch Kap. 5.6)

Diese Hilfe bestand aus neuen Krediten, die es dem Land ermöglichen sollen, die Wirtschaft wieder in Gang zu bringen. Aber diese Hilfe gab es nicht umsonst. Im Gegenzug musste sich das Nehmerland (in diesem Beispiel Griechenland) zu Maßnahmen verpflichten, die wesentliche Kernaufgaben des Staates betreffen. Im Fall von Griechenland sind dies unter anderem:

- Senkung der Sozialausgaben,
- Entlassung von öffentlichen Bediensteten,
- Schließung von staatlichen Unternehmen⁶³,
- Erhöhung des Rentenalters auf 67 Jahre,
- Liberalisierung des Arbeitsmarktes (z.B. Erhöhung der Wochen- oder Lebensarbeitszeit)

⁶² Schlechtes Rating ist nicht für alle ein Verlust. Die europäische Zentralbank hat 2012 bei der „Griechenland-Rettung“ 550 000 Euro verdient, weil sie viele griechische Staatsanleihen gekauft hat, die hohe Zinsen erbringen. (nach: Süddeutsche Zeitung v. 12.3.2013) Gleichzeitig ist der Zinssatz in Deutschland sehr niedrig.

⁶³ Es ist interessant, dass die griechische Armee, ein Hauptkunde der deutschen und französischen Rüstungsindustrie, von diesen Forderungen ausgenommen ist. Könnte die Ursache im Lobbyismus liegen?

Es liegt auf der Hand, dass diese Maßnahmen unmittelbar in Kernbereiche des staatlichen Handelns eingreifen.⁶⁴ Es scheint auch, als habe die griechische Regierung wenig Handlungsspielraum. So titelte *Focus Money* am 2.7.2013: „Troika stellt Griechenland ein Drei-Tages-Ultimatum“⁶⁵

Wenn Banker den politischen Systemen diktieren können, welche Entscheidungen sie treffen müssen, könnte man sogar von einer Umkehr der Machtverhältnisse sprechen – der Staat als Befehlsempfänger des Marktes. Wolfgang Strebeck bezeichnet dieses neue Verhältnis von Markt und Staat als

„die gegenwärtig rapide voranschreitende parallele *Entdemokratisierung der Ökonomie* und *Entökonomisierung der Demokratie* mit dem Ziel einer institutionalisierten *Hegemonie der Marktgerechtigkeit über die soziale Gerechtigkeit*.“⁶⁶

Inzwischen hat das griechische Volk eine neue Regierung gewählt. Die Regierung des linken Parteienbündnisses *Syriza* weigert sich derzeit (Juni 2015), große Teile des Volkes verarmen zu lassen, um weitere Kredite zu bekommen. Die Folge sind erbitterte Verhandlungen mit IWF und EU. Es könnte in diesem Zusammenhang interessant sein, die weiteren Verhandlungen und ihre Ergebnisse zu beobachten.

Kontrollaufgaben:

1. *Kapital ist eigentlich Geld, ein Markt ist eigentlich ein Platz. Was ist in diesem Abschnitt mit diesen Begriffen gemeint?*
2. *Welche Interessen hat das „Kapital“ als Akteur? Welche „demands“ richtet es an den Staat?*

⁶⁴ Eine kritische Betrachtung der Auswirkungen findet sich bei (WEHLER, 2013) und (WEIK & FRIEDRICH, 2012)

⁶⁵ http://www.focus.de/finanzen/news/staatsverschuldung/internationale-geldgeber-sind-sauer-troika-stellt-griechenland-ein-drei-tages-ultimatum_aid_1032038.html

⁶⁶ (STREBECK, 2013a, S. 148)

-
3. Welche Mittel hat das „Kapital“ zur Beeinflussung des politischen Systems?
 4. Inwiefern ist der Staat vom Wohlwollen des „Kapitals“ abhängig?
 5. Worin besteht der Einfluss von Rating-Agenturen?
 6. Welche Handlungsmöglichkeiten hat ein politisches System in der Schuldenkrise?
 7. Aufgabe für eine Recherche: Wie hat sich die Schuldenkrise in Griechenland (auch: Spanien, Portugal, Irland) bis heute weiter entwickelt? s. auch: http://www.politische-bildung.de/griechenland_eurokrise.html

5 Teil2: Internationale Beziehungen⁶⁷

Die meisten von Ihnen werden nicht Politikwissenschaft studieren. Es ist deshalb nicht Ziel dieses Skripts, Sie auf ein Studium dieses Faches vorzubereiten. Andererseits sollte man meines Erachtens in allen humanwissenschaftlichen Studienfächern gewisse Grundkenntnisse über politische Zusammenhänge haben. Das wichtigste Ziel dieser Lehrveranstaltung ist, dass Sie über Themen der internationalen Politik nicht nur in Kategorien von *Gut* und *Böse* diskutieren, sondern sich durch die systematische Analyse eine Meinung bilden können. Zu diesem Zweck werde ich Ihnen auf den folgenden Seiten einige Grundbegriffe und –konzepte vorstellen. Danach werden wir diese Konzepte auf ein konkretes Beispiel anwenden, das wir selbst aussuchen. Am Ende stehen zwei Übungsbeispiele, die Sie selbst bearbeiten sollen.

Die Darstellung ist so knapp wie möglich gehalten. Wer sich mit den jeweiligen Themen intensiver beschäftigen möchte, findet in den Fußnoten Hinweise auf weiterführende Literatur. Für einen gründlichen Überblick empfehle ich das hervorragende Lehrbuch von Gert Krell.⁶⁸

Anhand der Kontrollfragen am Ende jedes Abschnitts können Sie prüfen, ob Sie den Abschnitt verstanden haben.

5.1 Der Begriff

Die wörtliche Bedeutung von *international* wäre: *zwischen den Nationen*. Der Begriff begegnet uns auch im Namen der größten Staatengemeinschaft, den *Vereinten Nationen (United Nations – UN)*. Wie bereits im ersten Teil (Kap. 2.1) erläutert wurde, ist die Verwendung des Begriffs *Nation* hier irreführend. Es geht in den IB nicht um die Beziehungen zwischen Völkern sondern zwischen Territorialstaaten und anderen politischen Akteuren.

Die Teildisziplin *Internationale Beziehungen* der Politikwissenschaft beschäftigt sich mit der Außenpolitik von Staaten, mit internationalen politischen Systemen und internationalen Organisationen.

5.2 Das westfälische System

Von den meisten Politikwissenschaftlern wird der Beginn eines funktionierenden internationalen Staatensystems in Europa auf das Jahr 1648, also auf das Ende des Dreißigjährigen Krieges in Europa, datiert. Im *Westfälischen Frieden* einigten sich die am Krieg beteiligten Fürsten auf die wichtigsten Grundlagen zwischenstaatlicher Beziehungen: Die wechselseitige Anerkennung der Souveränität der beteiligten Staaten. Die Anerkennung der Souveränität bedeutet auch, dass sich kein Staat in die inneren Angelegenheiten eines anderen Staates einmischen darf. (Grundsatz der Nichteinmischung). Das System der souveränen, sich gegenseitig anerkennenden Staaten ist auch heute noch die Basis des Völkerrechts und der internationalen Organisationen, auch wenn diese Basis heute angesichts der Globalisierung zunehmend in Frage gestellt wird.

Diese Vorstellung erscheint sehr eurozentrisch, denn schließlich gab es auch in anderen Teilen der Welt staatliche Organisationen und Beziehungen zwischen diesen. Tatsache ist jedoch, dass die europäische Form der Territorialstaaten und der Beziehungen zwischen diesen inzwischen global verbreitet wurde.⁶⁹ Spätestens mit der Entkolonialisierung und dem Eintritt der ehemaligen Kolonien in internationale Organisationen hat sich das System sich gegenseitig anerkennender Territorialstaaten weltweit durchgesetzt, denn aus den ehemaligen Kolonien wurden fast immer Territorialstaaten. Die Herausbildung von Nationen (*nation building*) ist jedoch nicht in allen dieser jungen Staaten gelungen. In diesem Zusammenhang muss auch die Frage gestellt werden, ob die Schaffung von Territorialstaaten nach westlichem Vorbild in jedem Fall die beste Lösung ist.⁷⁰

⁶⁷ s. auch (BREITMEIER, 2012)

⁶⁸ (KRELL, 2009)

⁶⁹ vgl. (KRELL, 2000, S. 75) – Hier stellt Krell die Expansion des Völkerrechts von Europa über die ganze Welt sehr anschaulich dar.

⁷⁰ vgl. die Kolumne von Georg Dietz im SPIEGEL: Der Nationalstaat muss sterben. <http://www.spiegel.de/kultur/gesellschaft/pankaj-mishra-georg-diez-ueber-isis-a-976364.html> (abger. 16.8.2014)

Wenn man sich das internationale Staatensystem genauer ansieht, fallen vor allem zwei Dinge auf:

- Es gibt zwar keinen Staat ohne Volk, es gibt aber viele Völker (ethnische Gruppen) ohne Staat. Die Identität von Staatsvolk und Territorium ist keineswegs überall vorhanden. Und es gibt eine Reihe von Staaten, die sich selbst als Staat im Sinne von Weber/Jellinek begreifen, aber nicht von anderen Staaten anerkannt werden.

- Das Staatensystem ist nicht statisch, sondern sehr dynamisch. Ständig bilden sich neue Staaten und ständig verlieren Staaten ihre Staatlichkeit im Sinne des westfälischen Systems.⁷¹

Kontrollfragen:

1. Welche Prinzipien charakterisieren das westfälische System? Machen Sie eine Stichwortliste!
2. Wer sind die Akteure im westfälischen System?
3. Zur Diskussion: Welche Folgen hätte im westfälischen System die Einmischung eines Staates in die Angelegenheiten eines anderen Staates? (Intervention)
4. Zur Diskussion: Welche Alternativen zum Territorialstaat kennen Sie bzw. können Sie sich vorstellen?

5.3 Weltsystem oder Weltordnung

Im ersten Teil dieses Skripts wurde das politische System auf einen einzelnen Staat bezogen. Auch die Struktur der internationalen Beziehungen kann man als System beschreiben. Als Elemente interagieren die Territorialstaaten sowie nichtstaatliche Akteure. Man spricht in diesem Fall von dem *internationalen System* oder der *Weltordnung*. Der letzte Begriff ist vor allem

im angelsächsischen Raum als „*world order*“ weit verbreitet.

Ein wesentlicher Unterschied zwischen einem Staat und dem Weltsystem ist das Fehlen einer legitimierten Staatsgewalt. Es gibt keine Weltlegislative, es gibt keine Weltregierung und es gibt auch keine globale Justiz, die von allen Staaten und Bürgern dieser Erde anerkannt wäre. Die internationalen Beziehungen sind demnach in einem Zustand der *Anarchie*, ähnlich dem *Naturzustand* wie ihn John Locke beschreibt. Jeder Staat ist (theoretisch) vollkommen frei und anderen Staaten gegenüber zu nichts verpflichtet.

Diese Weltordnung kann auch nicht durch ein ZPES (vgl. Kap. 3) verwaltet werden, weil es ein solches nicht gibt. Allerdings existieren auf vielen Gebieten internationale Regelungen, die zwischen den Staaten vereinbart wurden.

„Durch die Verrechtlichung und Verregelung⁷² der internationalen Beziehungen wurden allerdings schrittweise Regelwerke etabliert, die die Möglichkeiten und Grenzen von über- und zwischenstaatlicher Gewaltausübung festlegen sollen. Beispielsweise enthält die Charta der Vereinten Nationen ausdrücklich den Gedanken einer kollektiven, weltgesellschaftlichen Verantwortung für den Weltfrieden. In der wissenschaftlichen Forschung wird diese Spezifik auch mit dem Begriff *Governance* umschrieben, wobei *Governance* die Gesamtheit der vielfältigen Regelungsformen gesellschaftlicher Sachverhalte bezeichnet.“⁷³

Obwohl es also keine Institution gibt, die einer globalen Regierung (*Government*) entspräche, finden wir eine Reihe von Regeln, die von der Mehrheit der Territorialstaaten anerkannt sind, allen voran das *Völkerrecht*. Auch gibt es transnationale Institutionen, die die Einhaltung dieser Regeln kontrollieren und im Falle von Konflikten vermitteln sollen. Insofern kann man von Ansätzen einer *Global Governance*⁷⁴ sprechen.

Kontrollfragen:

⁷³ (LEMKE, 2000, S. 13)

⁷⁴ s. auch: <http://www.bpb.de/nachschlagen/zahlen-und-fakten/globalisierung/52795/global-governance> (abger. 16.8.2014)

⁷¹ recht gut illustriert in: https://de.wikipedia.org/wiki/Organisation_der_nicht-repr%C3%A4sentierten_Nationen_und_V%C3%B6lker

⁷² Verregelung: Regulierung, Organisation durch Regelwerke

1. Was unterscheidet das internationale System von dem politischen System einzelner Staaten?
2. Worin besteht der Zusammenhang mit dem „Naturzustand“ von Hobbes und Locke?
3. Welche Rolle spielt „Governance“ im globalen System?
4. zur Diskussion: Bei Locke vereinbaren die Menschen Regeln, um ihre Freiheit und ihr Eigentum zu schützen; bei Hobbes installieren sie einen „lebendigen Gott“, der den Krieg aller gegen alle verhindern soll. Wie könnte man diese Prozesse auf das internationale System übertragen?

5.4 Akteure der IB

Bis vor wenigen Jahrzehnten betrachtete die Politikwissenschaft ausschließlich Staaten als Akteure der internationalen Beziehungen. Reichlich spät hat die Politikwissenschaft erkannt, dass auch nichtstaatliche Akteure eine wichtige Rolle spielen. Manche sprechen sogar vom „Bedeutungsverlust des Staates“⁷⁵ Hier eine Aufzählung der wichtigsten Akteure transnationaler Politik:

- Territorialstaaten und ihre Organe (z.B. Geheimdienste),
- internationale Regierungsorganisationen (IGO), wie z.B. UN, NATO, WTO, IWF – derzeit rund 450,
- Nicht-Regierungsorganisationen (NGO), wie z.B. Amnesty International oder transnationale Lobbyorganisationen und Think Tanks⁷⁶ NGOs spielen in Konflikten und Transformationsprozessen oft eine wichtige Rolle.
- transnational⁷⁷ agierende Unternehmen

⁷⁵ vgl. hierzu (KRELL, 2000, S. 64 f.)

⁷⁶ Zur Definition vgl. http://www.bpb.de/wissen/3UD6BP,0,0,NichtRegierungsorganisationen_%28NGOs%29.html (abger. 5.12.2014)

(„global players“), z.B. Microsoft, Apple oder Siemens⁷⁸ sowie transnational agierende Banken und andere Teilnehmer der Finanzmärkte wie z.B. Hedgefonds oder Rating-Agenturen⁷⁹, z.B. Deutsche Bank oder Standard & Poors.

- transnational agierende politische Organisationen, die nicht auf Territorialstaaten beschränkt sind, z.B. Al Qaida oder der IS

Neben den offiziellen IGO spielen in der internationalen Politik auch einige informelle Netzwerke von Regierungen eine Rolle. Die wichtigsten sind:

G8 – die Gruppe einiger wichtiger Industrieländer: Deutschland, USA, Kanada, Großbritannien, Italien, Japan, Frankreich und Russland. Am 15. März 2014 wurde Russland wegen der Krimkrise aus der Gruppe ausgeschlossen und seitdem heißt sie wieder G7.

G20 – zusätzlich zu der G8 noch wichtige Schwellenländer und die EU ohne die G8 / G7-Mitglieder. In diesem Netzwerk werden vor allem Fragen des internationalen Finanzsystems besprochen. Deshalb nehmen bei diesen Sitzungen auch immer Vertreter des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank teil.

BRICS – ein informeller Zusammenschluss von Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika.

Während man bei Territorialstaaten völkerrechtlich davon ausgeht, dass die jeweilige Regierung als Vertreterin des Staatsvolkes legitimiert ist (auch bei nicht-demokratischen Staaten), benötigen NGO und wirtschaftliche Akteure keine politische Legitimation. Das heißt: Nur Staaten können völkerrechtlich verbindliche Verträge miteinander abschließen und verpflichten sich damit, diese Verträge zu erfüllen.

Eine interessante Position nehmen im Spiel der Akteure die Geheimdienste ein. Sie erfüllen

⁷⁷ Der Begriff *transnational* betont die Reichweite der Handlungen eines Akteurs, während *international* über die Beziehungen zwischen Staaten definiert ist.

⁷⁸ vgl. (VITALI u. a., 2012)

⁷⁹ zur politischen Macht der Rating-Agenturen vgl. (ROSENBAUM, 2008b)

nämlich Aufgaben, die außerhalb der Prinzipien des westfälischen Systems liegen, von der Spionage über die Unterstützung von Oppositionsgruppen bis zur Tötung von politischen Gegnern im Ausland. Da sie *geheim* agieren, ist eine *öffentliche* Kontrolle und damit auch eine Legitimation nicht möglich. Vor allem die Geheimdienste großer Staaten sind transnational tätig und deshalb ein interessantes Untersuchungsobjekt für die politische Analyse. Am besten dokumentiert sind die transnationalen Aktivitäten der US-amerikanischen Dienste⁸⁰, was jedoch nicht bedeutet, dass andere Staaten beim Einsatz ihrer Dienste weniger skrupellos wären.

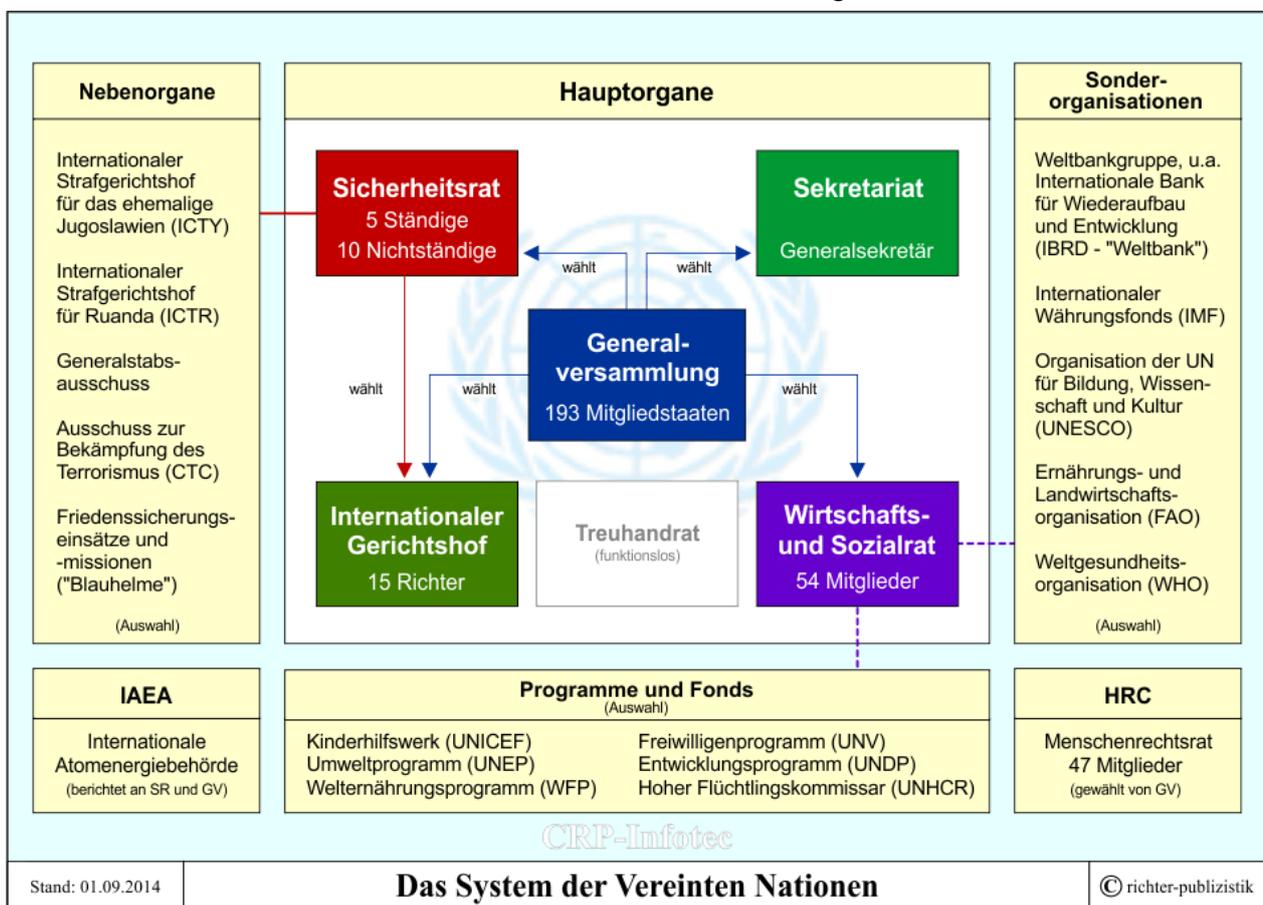
5.4.1 Die Vereinten Nationen (UN)

Die wichtigste IGO ist die Organisation der Vereinten Nationen (UN). Diese Organisation wurde 1945 von den Siegermächten des II. Weltkrieges gegründet. Bis heute sind immer mehr Länder dieser Organisation beigetreten. Sie umfasst zurzeit 193 Staaten.

In der UN-Charta (der Gründungserklärung) sind als Aufgaben vor allem die Sicherung des Weltfriedens, die Einhaltung des Völkerrechts und die Durchsetzung der Menschenrechte formuliert.⁸¹

In der *UN-Vollversammlung* hat jedes Land eine Stimme. Die Versammlung erlässt keine Gesetze, sondern kann lediglich Resolutionen beschließen. Eine Resolution ist nicht mehr als eine Meinungsäußerung. Die Resolutionen der Vollversammlung sind völkerrechtlich nicht bindend, d.h. kein Staat muss Sanktionen befürchten, wenn er sich nicht danach richtet.

Anders verhält es sich mit dem *UN-Sicherheitsrat*. Dieses Gremium besteht aus fünf ständigen Mitgliedern, und zwar den Siegermächten des II. Weltkrieges USA, Russland (als Nachfolgestaat der Sowjetunion), Großbritannien und Frankreich sowie seit 1971 der Volksrepublik China. Hinzu kommen 10 nichtständige Mitglieder, die nach regionalen Gesichtspunkten zusammengesetzt sind und die alle zwei Jahre



⁸⁰ für ausführliche Informationen s. (SCAHILL, 2013), (FUCHS & GOETZ, 2013)

⁸¹ <http://www.unric.org/de/charta>

zur Hälfte neu gewählt werden.⁸²

Der Sicherheitsrat ist das wichtigste Gremium der UN, denn seine Resolutionen sind *völkerrechtlich bindend*. Wenn z.B. ein Land diese Beschlüsse nicht befolgt, werden Sanktionen oder sogar bewaffnete Einmischung durch diese Beschlüsse legitimiert. So war z.B. die deutsche Bundeswehr aufgrund eines UN-Mandats in Afghanistan.

Die ständigen Mitglieder des Sicherheitsrats haben darüber hinaus ein *Vetorecht*.⁸³ Kein Beschluss kann wirksam werden, wenn ein ständiges Mitglied sein Veto einlegt, wie z.B. im Falle des Bürgerkriegs in Syrien 2013, wo eine bewaffnete Intervention mehrmals durch das Veto der Russischen Föderation verhindert wurde.

Kritiker bemängeln an der Struktur der UN vor allem, dass die Zusammensetzung des Sicherheitsrates nicht mehr der geopolitischen Weltordnung von heute entspricht. Sie bezweifeln außerdem die demokratische Legitimation, denn außer in der Schweiz hat bisher in keinem Mitgliedsland das Volk über den UN-Beitritt abgestimmt.

Kontrollfragen:

1. *Machen Sie eine Mindmap mit den hier genannten Akteuren. Achten Sie darauf, dass manche Akteure Subsysteme anderer Akteure sind. Versuchen Sie auch, die Beziehungen zwischen den Akteuren grafisch darzustellen.*
2. *Welche dieser Akteure sind politisch legitimiert?*

5.5 Interessen und Ziele

Die Interessen und Ziele der genannten Akteure ergeben sich zum Teil direkt aus ihren Aufgaben im gesellschaftlichen System.

Territorialstaaten streben unter anderem nach Sicherheit und einem möglichst günstigen Zugang zu den für die eigene Wirtschaft nötigen Ressourcen. In diesem Punkt deckt sich das Interesse des Staates oft, aber nicht immer mit dem der wirtschaftlichen Akteure.⁸⁴

Wirtschaftliche Akteure (vgl. 4.4) haben in erster Linie das Ziel der Profitmaximierung und daraus abgeleitet Interesse an möglichst günstigen Produktions- und Investitionsbedingungen, an billigen Rohstoffen sowie an aufnahmefähigen Märkten. Die politischen Ziele, die sich daraus ergeben, können sehr unterschiedlich sein.

Bei der politischen Analyse von international bedeutsamen Situationen (meist sind es Konflikte) ist es daher wichtig, zunächst alle Akteure zu identifizieren, die in der gegebenen Situation irgendwelche Interessen haben. Die englische Sprache bietet dafür den Begriff *stakeholder*⁸⁵ an.

Zur Diskussion:

In einem Krieg werden Produktionsmittel zerstört und den Menschen Leid zugefügt. Können Sie sich Stakeholder vorstellen, die davon profitieren?

5.6 Macht

Angesichts der vielen transnationalen Akteure stellt sich die Frage, ob der Territorialstaat im Sinne von Weber/Jellinek überhaupt noch die zentrale Bedeutung hat, die ihm das *westfälische System* zuschreibt. Viele Politikwissenschaftler bezweifeln das inzwischen. Sie argumentieren damit, dass durch die Globalisierung von Wirtschaft, Information und Finanzmärkten staatliche Grenzen immer mehr an Bedeutung verlieren und die Territorialstaaten immer mehr von transnationalen Akteuren abhängig werden.

„Ihr zentrales Argument ist, dass die Kräfte des Weltmarktes, die sich im Laufe der Nachkriegszeit mehr durch die Entscheidungen nichtstaatlicher

⁸² s. <http://www.un.org/en/sc/members/>

⁸³ ein Veto (gegen etwas) einlegen: einem Beschluss widersprechen, wodurch die Durchführung verhindert wird. So verhinderte das Veto Russlands 2013 ein militärisches Eingreifen in den Bürgerkrieg in Syrien.

⁸⁴ Deshalb ist auf Auslandsreisen der Bundeskanzlerin immer auch eine hochrangige Delegation von Vertretern der Unternehmen an Bord

⁸⁵ dictcc bietet als deutsche Übersetzung von *stakeholder* an: *Interessenvertreter, Mitglied einer Interessengruppe, (relevanter) Akteur*

Akteure im Finanzsektor, in der Industrie und im Handel als durch die gemeinsamen Entscheidungen von Regierungen integriert habe, mächtiger geworden seien als die Staaten, denen man gemeinhin noch die höchste politische Autorität über die Gesellschaft und Wirtschaft zuschreibe.“⁸⁶



Um zu untersuchen, wer im globalen Spiel der Kräfte mehr oder weniger Macht besitzt, ist es sinnvoll, zwischen staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren zu unterscheiden. Im Fall der Territorialstaaten ist die Machtfrage relativ einfach zu beantworten. Wie viel Macht ein Staat im internationalen System hat, lässt sich an seiner wirtschaftlichen und militärischen Stärke ablesen. Nach diesen Zahlen sind die USA zurzeit die einzige Hegemonialmacht (Supermacht) weltweit.⁸⁷ Der bipolaren Weltordnung (USA-Sowjetunion) vor 1989 folgte eine unipolare Ordnung mit den USA als einziger Supermacht. Die Vorherrschaft (eng.: *primacy*) der USA ist jedoch nicht ohne Konkurrenz. Der Abstand zwischen der Wirtschaftskraft der USA und anderen Ländern und Regionen wie China, Russland oder der EU ist kleiner geworden. Viele Stimmen sagen für die Zukunft eine *multipolare* Weltordnung mit mehreren Machtzentren voraus.

Allerdings ist die militärische Macht der USA

weiterhin konkurrenzlos. Obwohl die globalen Konkurrenten der USA, z.B. Russland und China, ihre Rüstungsanstrengungen erhöhen, dürfte dies auf absehbare Zeit so bleiben. Die Europäische Union spielt wirtschaftlich inzwischen ebenfalls eine gewichtige Rolle. Sie betreibt aber keine gemeinsame Außenpolitik und besitzt vor allem keine militärische Organisation. Die politische und militärische Macht der EU wird im Wesentlichen von der NATO repräsentiert, in der wiederum die USA das größte Gewicht haben.⁸⁸

Das mächtigste Organ der UN ist der *Sicherheitsrat*, denn seine Beschlüsse sind völkerrechtlich bindend. Das heißt, dass aufgrund von Beschlüssen des Sicherheitsrates Staaten oder Staatengemeinschaften in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten eingreifen dürfen. (*Intervention*).

Manche IGO haben jedoch ebenfalls großen globalen Einfluss, obwohl sie keine völkerrechtlich verbindlichen Entscheidungen treffen können. Dies sind vor allem die so genannten *Bretton Woods Organisationen*⁸⁹, nämlich der *Internationale Währungsfond (IWF)* und die *Weltbank*. Sie entscheiden mit ihrer Kreditpolitik unmittelbar über die wirtschaftliche Handlungsfähigkeit von Territorialstaaten. Außerdem sind sie nicht an politische Entscheidungen der UN-Vollversammlung oder des Sicherheitsrats gebunden, so dass politisch und wirtschaftlich mächtige Staaten dort unmittelbar ihre Interessen vertreten können. Da in diesen Institutionen die Entscheidungsbefugnisse nach der Wirtschaftskraft der Mitglieder verteilt sind (*one dollar one vote*), entscheiden die wirtschaftlich mächtigsten Länder nahezu alleine über die Maßnahmen von IWF und Weltbank.

⁸⁶ (KRELL, 2011, S. 15)

⁸⁷ Die Frage, welche Staaten man als „Weltmacht“ bezeichnen kann, wird kontrovers diskutiert. Geht man nur von wirtschaftlicher Stärke aus, so könnten die USA sicher bald von China oder der EU überholt werden. Nimmt man jedoch als Kriterium die Fähigkeit, in fast allen Teilen der Welt einzugreifen, bleiben die USA als einzige Weltmacht. Kein anderes Land ist militärisch und wirtschaftlich weltweit so präsent wie die USA.

⁸⁸ NATO: North Atlantic Treaty Organisation, ein Militärbündnis der USA und Kanada und der meisten westeuro-

päischen Staaten. Seit 1990 traten viele ehemalige Sowjetrepubliken der NATO bei, wodurch sich Russland bedroht sieht. Der Ukraine-Konflikt 2014 gewann seine Schärfe ebenfalls aus der Perspektive eines NATO- und EU-Beitritts der Ukraine. vgl. Wikipedia-Artikel „NATO“⁸⁹ auch „Bretton Woods Organisationen“ genannt nach der Konferenz in dem amerikanischen Kurort Bretton Woods, wo 1944 ein internationales Währungssystem mit festen Wechselkursen vereinbart wurde. S. auch: <http://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/politiklexikon/17203/bretton-woods-system>

Während die Webseiten von IWF und Weltbank⁹⁰ wie Hochglanzprospekte für eine goldene Zukunft aussehen, werden sie von den Betroffenen ihrer *Strukturapassungsprogramme* wesentlich kritischer gesehen.⁹¹ Eine genaue Darstellung dieser Problematik würde hier zu weit führen. Wer sich dafür interessiert, beginne mit dem Kapitel 3 bei Chossudovski.⁹²

Kontrollfragen:

1. Grenzen Sie ab: unipolare, bipolare und multipolare Weltordnung.
2. Warum ist der UN-Sicherheitsrat mächtiger als die UN-Vollversammlung?
3. Worin besteht die Macht von IWF und Weltbank?

5.7 Staatsversagen und Staatszerfall

Im ersten Teil dieses Skripts wurde der Staat als Institution definiert, der die öffentlichen Angelegenheiten eines Landes regelt und vom Staatsvolk dazu legitimiert ist. (vgl. 2.1) Wir haben außerdem gesehen, dass bei der Gestaltung der öffentlichen Angelegenheiten nicht nur die Staatsgewalten sondern wesentlich mehr Akteure beteiligt sind. (vgl. 4)

Ein gut funktionierender Staat (im Sinne öffentlicher Verwaltung) ist in der Lage, seinen Bürgern folgende Leistungen zu garantieren:

- Sicherheit - sowohl persönliche Sicherheit als auch Rechtssicherheit,
- die wichtigsten Menschenrechte (vgl. Kap. 2.6),
- Wohlfahrt, also die Möglichkeiten zum Lebensunterhalt und ein Minimum an sozialen Leistungen,
- Partizipation als Grundlage für die Akzeptanz staatlicher Forderungen an die Bevölkerung (Steuern, Loyalität).

Diese Leistungen müssen möglichst der gesamten Bevölkerung zugänglich sein und nicht nur einem regional oder sozial begrenzten Teil. In diesem Fall geht man davon aus, dass das Staatswesen relativ stabil ist und damit auch ein berechenbarer Partner in internationalen Beziehungen.

Das Funktionieren eines Staates kann auf verschiedene Weise gestört werden.

Wenn Teile des Staatsvolks die staatliche Autorität nicht anerkennen, verliert der Staat sein Gewaltmonopol. Das ist zum Beispiel in Bürgerkriegen der Fall, wo Teile des Staatsgebietes von Rebellen oder Milizen beherrscht werden, die dort quasi ein eigenes politisches System etablieren. (Syrien, Irak, Afghanistan).

Korruption und *Patronage* wirken sich ebenfalls negativ auf die Staatsleistungen aus. Mit *Patronage* ist gemeint, dass die Elite eines Landes bei politischen Entscheidungen gezielt bestimmte Gruppen (*Klientel*) bevorzugt. Das können z.B. ethnische oder familiäre Gruppen sein.

Schließlich kann ein Staat kaum seine Aufgaben erfüllen, wenn die Regierung aus Personen oder Cliquen besteht, die sich nicht der Entwicklung ihres Landes und seiner Bevölkerung verpflichtet fühlen, sondern den Staat als Quelle der persönlichen Bereicherung nutzen. Das Problem wird noch verschärft, wenn die Regierung dabei durch transnationale Akteure aus politischen oder wirtschaftlichen Gründen unterstützt wird. Dies ist u.a. in vielen afrikanischen Staaten der Fall, wo eine diktatorisch regierende Gruppe durch die ehemaligen Kolonialmächte oder multinationale Konzerne gestützt wird und dafür die Ausbeutung der nationalen Rohstoffe garantiert.

Staaten, die ihre Funktionen nur noch teilweise erfüllen, werden als *failing states* (zerfallende Staaten) bezeichnet. Ein Staat, der nur noch juristisch existiert, aber faktisch nicht mehr handlungsfähig ist, wird als *failed state* (gescheiterter Staat) bezeichnet.⁹³ Der amerikanische *Think Tank* „*Funds For Peace*“ veröffentlicht jährlich eine Liste der Länder, die seiner Meinung nach

⁹⁰ www.imf.org ; www.worldbank.org

⁹¹ vgl. (AMBROSE, 2006), (DEMBELE, 2004)

⁹² (CHOSSUDOVSKY, 2002, S. 58–83)

⁹³ (HIPPLER u. a., 2005), (KÜPELI, 2010)

stabil, zerfallend oder gescheitert sind.⁹⁴ Dazu wertet die Organisation Internet-Quellen aus und vergibt für die folgenden Kriterien Werte von 0 (unproblematisch) bis 10 (katastrophal):

- zunehmender Bevölkerungsdruck
- massive Flüchtlingsströme im Land
- Gruppenkonflikte
- andauernde Abwanderung
- wirtschaftliche Ungleichgewichte
- Armut oder wirtschaftlicher Niedergang
- Legitimität des Staats
- öffentliche Dienstleistungen
- Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit
- Sicherheitskräfte
- Auseinandersetzungen in den Eliten
- Interventionen von außen.

Kontrollaufgaben:

1. Erschließen Sie aus dem Text: Was sind die Kriterien für „gute Regierungsführung“?
2. Welche Fälle von „schlechter Regierungsführung“ werden genannt? Kennen Sie Beispiele?
3. Schauen Sie sich die Karte des Fund For Peace an. Welche Staaten sind nach Meinung des FFP „gescheitert“?

5.8 Intervention und Westfälisches System

Zur Erinnerung: Grundlage des Westfälischen Systems sind souveräne Staaten, die sich gegenseitig anerkennen. Zwischen diesen Staaten gilt das Prinzip der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten.

Als der amerikanische Präsident George W. Bush nach den Anschlägen des 11. September 2001 den *Krieg gegen den Terror* (*War on Terrorism*) ausrief, definierte er als Kriegsgegner erstmals nicht einen Territorialstaat, sondern einen Akteur, der prinzipiell überall sein kann.

Gleichzeitig erklärte er allen, die mit dem Terrorismus verbunden (*associated*) sind, gleichfalls den Krieg:

„This is a new kind of -- a new kind of evil. And we understand. And the American people are beginning to understand. This crusade, this war on terrorism is going to take a while. And the American people must be patient. I'm going to be patient.

“My administration has a job to do, and we're going to do it. We will rid the world of the evil-doers. We will call together freedom loving people to fight terrorism.

[...]

But I can assure the American people I am determined, I'm not going to be distracted, I will keep my focus to make sure that not only are these brought to justice, but anybody who's been associated will be brought to justice. Those who harbor terrorists will be brought to justice. It is time for us to win the first war of the 21st century decisively, so that our children and our grandchildren can live peacefully into the 21st century.”

Bush markiert in dieser Rede endgültig eine Neuorientierung der internationalen Sicherheitspolitik.

Bis zum Zerfall der Sowjetunion und dem damit verbundenen Ende des Kalten Krieges in den 1980er Jahren wurden transnationale Gewaltkonflikte in der Regel als Systemkonflikte zwischen Ost und West erklärt. Gleichzeitig wurde Sicherheit als Sicherung der nationalen Souveränität definiert und durch nationale Streitkräfte oder regionale Verteidigungsallianzen (NATO, Warschauer Pakt) garantiert. Internationale Konflikte riefen stets eine der beiden Supermächte auf den Plan, die bestrebt war, den eigenen Einfluss auszudehnen und den Einfluss der feindlichen Supermacht zu begrenzen. (*Policy of Containment*)

Auch in dieser Zeit gab es ständig Einmischungen von Staaten in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten. Deshalb wurden Interventio-

⁹⁴ <http://ffp.statesindex.org/rankings-2013-sortable> - leider erklärt der FFP nicht, welche Quellen er wie ausgewertet. Die Zahlen sind daher mit Vorsicht zu lesen.

nen i.d.R. damit legitimiert, dass die Großmacht von befreundeten Staaten „um Hilfe gebeten“ wurde.⁹⁵ Als Ziel der Intervention wurde jeweils der Schutz eines souveränen Staates gegen die feindliche Supermacht angegeben. Damit war formal das *Westfälische System* weiter gültig.

Nach dem Ende des Kalten Krieges fiel diese Feinbild-Definition weg, nicht aber die transnationalen Konflikte.

In den 1990er Jahren setzten sich neue Konzepte als Grundlage der praktischen Außen- und Sicherheitspolitik der westlichen Staaten durch, die zumindest teilweise dem *Westfälischen System* widersprechen.

5.8.1 Neue Konzepte der IB: Humanitäre Intervention

Als *humanitäre Intervention* wird der Eingriff in das Hoheitsgebiet eines anderen Staates bezeichnet, der den Schutz von Menschen in einer humanitären Notlage zum Ziel hat. Es soll hierbei nicht primär um die Veränderung der politischen Verhältnisse, sondern lediglich um den Schutz der Bevölkerung gehen. Seit 1991 genehmigt der UN-Sicherheitsrat regelmäßig humanitäre Interventionen.⁹⁶ Weitere Beispiele humanitär legitimierter Interventionen sind u.a. Somalia 1991 oder Kosovo 1999. Auch der russische Präsident Putin bezeichnete das Eingreifen Russlands im Ukraine-Konflikt 2014 stets als *Humanitäre Intervention* und berief sich dabei auf das „Vorbild“ der Nato im Kosovo.

Robert I. Rotberg schreibt in der Zeitschrift der *Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik*:

„Interventionsmächte besitzen Legitimität, wenn sie einen korrupten Despoten vertreiben, ein ge-

⁹⁵ Beispiele: Sowjetunion - DDR 1953, Ungarn 1956, CSSR 1968, Afghanistan 1979; USA – in fast alle mittel-amerikanischen Staaten 1906 bis heute, Laos, Brasilien, Vietnam 1964,

⁹⁶ Die Errichtung einer Schutzzone für die Kurden im Nordirak war die erste vom Sicherheitsrat genehmigte HI. Eine ausführliche Auseinandersetzung mit dem Thema gibt es in: <http://www.ag-friedensforschung.de/themen/Interventionen/simon.html>

walttätiges Regime umstürzen, das grundsätzliche Freiheiten verweigert, oder chaotische Bürgerkriege beenden, die ein normales Leben verhindert haben.“⁹⁷

5.8.2 Neue Konzepte der IB: Schutzverantwortung (RtoP)

Das Konzept der *Schutzverantwortung* (*Responsibility to Protect, abgek. R2P oder RtoP*) wurde 2005 von den meisten UN-Mitgliedsstaaten anerkannt und vom Sicherheitsrat in einer Resolution völkerrechtlich verbindlich gemacht.

Das Konzept ist insofern besonders interessant, als es die Staatsdefinition von *Weber/Jellinek* erweitert. Im Sinne der R2P ist ein Staat nur dann souverän, wenn er seine Bevölkerung vor schweren Menschenrechtsverletzungen schützt. Kann er dies nicht, so verliert er seine Souveränität und die UN haben die Pflicht, stellvertretend diese Verantwortung zu übernehmen.⁹⁸

Das Konzept der Schutzverantwortung unterscheidet sich in einem wichtigen Punkt von anderen Legitimationen:

„Im Falle schwerster Menschenrechtsverletzungen ist nicht mehr eine Intervention begründungspflichtig, sondern der Verzicht darauf.“ (RUDOLF, 2013, S. 12)

5.8.3 Sicherheitspolitische Legitimation

Eine weitere Legitimation für die Intervention leitet sich aus dem Sicherheitsinteresse von Staaten und Staatengemeinschaften ab. Eine zentrale These lautet:

*Schwache und zerfallende Staaten sind ein Sicherheitsrisiko für das globale politische System.*⁹⁹

⁹⁷ (ROTBERG, 2003) Die Gesellschaft für auswärtige Politik ist ein *Think Tank*, der der deutschen Bundesregierung und der deutschen Industrie nahesteht. Online: <https://dgap.org>

⁹⁸ Eine ausführliche Auseinandersetzung mit der Problematik von R2P findet man bei (RUDOLF, 2013)

⁹⁹ vgl. (SCHNECKENER, 2005)

Spätestens seit den Anschlägen auf das World Trade Center am 9.11.2001 wurde diese These zur Grundlage der Außenpolitik der USA. Man ging davon aus, dass „zerfallende Staaten als Basis für transnationale Terrornetzwerke“¹⁰⁰ dienen. Im schlimmsten Fall könne sich der Staatszerfall auf ganze Regionen ausdehnen (*spill over*)¹⁰¹. Infolgedessen müsse die Staatengemeinschaft in solchen Fällen eingreifen, indem sie zerfallende Staaten stabilisiere bzw. in gescheiterten Staaten interveniere um die öffentliche Ordnung wieder herzustellen.

Diese These bildet inzwischen auch die Grundlage der europäischen Sicherheitspolitik, obwohl sie nie empirisch belegt wurde. Sie diene als Rechtfertigung für zwei Kriege im Irak und die zwölfjährige Besetzung Afghanistans. Die Europäische Sicherheitsstrategie (ESS) sieht „Das Scheitern von Staaten als Hauptbedrohung“¹⁰² der heutigen Weltordnung.

5.8.4 Kritik

Ismail Küpeli kritisiert an der Konzeption der *failed states*, dass sie sozusagen einen Freibrief für die Verletzung der nationalen Souveränität von Staaten ausstellt, die willkürlich als *gescheitert* definiert werden.

„Zusammenfassend lässt sich erkennen, dass durch die Beiträge von unterschiedlichen Akteuren aus Wissenschaft, Politikberatung, Politik und Militär ein Diskurs entstanden ist, der so flexibel [...] ist, dass es möglich ist, mit ihm vielfältige zivile und militärische Interventionen zu legitimieren und die strukturellen Ursachen für Armut und Gewalt weitgehend auszublenden.“¹⁰³

Die Erfahrungen mit den Interventionen der letzten 20 Jahre scheinen mir wenig ermutigend. Weder in Somalia noch im Irak, in Afghanistan oder Libyen haben die internationalen Interventionen bisher eine funktionsfähige

staatliche Organisation erzielen können. Im Gegenteil: Die Staaten sind heute instabiler als vorher und die soziale und wirtschaftliche Lage der Bevölkerung hat sich wesentlich verschlechtert.¹⁰⁴

Auch der damals erklärte *war on terrorism* führte, wie wir heute sehen, nicht zur Beseitigung, sondern zu einiger gigantischen Ausweitung des Terrors. Gab es 1991 vielleicht einige 100 islamistische Terroristen, so sind es heute mehrere 100 000, die Gebiete kontrollieren, die größer als Deutschland oder Frankreich sind.

Aufgrund dieser Erfahrungen sollte man bei der Beurteilung transnationaler Interventionen intensiv nach den Interessen der beteiligten Akteure forschen. Vielleicht gibt es ja *stakeholder*, die von einer Destabilisierung politischer Systeme profitieren?

5.9 Schlussbemerkung: Global Governance oder neuer Imperialismus?

Nach dem Wegfall des Ost-West-Konflikts erhofften sich viele Menschen eine *Friedensdividende*. Durch den Wegfall der militärischen Konfrontation könnten gigantische Mittel frei werden, die vorher in die Rüstung geflossen waren, dachte man. Diese Hoffnung hat sich eindeutig nicht erfüllt. Die weltweiten Rüstungsausgaben sind heute auch inflationsbereinigt höher als 1990¹⁰⁵ und der Ost-West-Konflikt wurde durch eine Reihe von neuen Konflikten abgelöst, von denen einige in diesem Skript beschrieben wurden.

Wenn die internationalen Beziehungen anarchisch sind, also im Locke'schen *Naturzustand*, dann folgt daraus, dass jeder Akteur dieser Beziehungen zunächst für sich selbst sorgen muss. Es gibt keine übergeordnete Instanz, die ihn und seine Interessen schützen könnte. Internationale Politik wäre dann in erster Linie Machtpolitik im Sinne Max Webers. (vgl. Kap. 1) Es ist in dieser Logik rational, wenn Staaten und

¹⁰⁰ (KÜPELI, 2010, S. 1)

¹⁰¹ So neu wie es scheint, ist dieses Konzept m.E. nicht. Es erinnert mich stark an die „Domino-Theorie“, mit der u.a. die Interventionen der USA in Vietnam und Chile begründet wurden. vgl. den Wikipedia-Artikel hierzu

¹⁰² Der Text ist einsehbar unter: <http://www.ag-friedensforschung.de/themen/Europa/strategie.html>

¹⁰³ (KÜPELI, 2010, S. 8)

¹⁰⁴ vgl. exemplarisch: (ROSINY, 2014)

¹⁰⁵ s. http://www.sipri.org/research/armaments/milex/milex_database/milexdata1988-2012v2.xls

nichtstaatliche Akteure danach streben, sich zu schützen aber auch Gelegenheiten nutzen, ihre Macht zu vergrößern. Es ist in dieser Logik ebenfalls rational, wenn wirtschaftliche Akteure ihre Profite maximieren und ihre Rohstoffzufuhr sichern wollen. Wenn sich dieses Ziel nicht alleine erreichen lässt, gilt es Bündnisse zu schließen um in der globalen Konkurrenz um Macht und Ressourcen eine bessere Position zu gewinnen, gegebenenfalls auch mit militärischen Mitteln. Aus dieser Logik ergibt sich auch, dass eine einmal erreichte regionale oder gar globale Hegemonie um jeden Preis zu verteidigen und wenn möglich auszubauen ist. In einer Welt globaler Abhängigkeiten bedeutet dies auch, gegebenenfalls überall auf dem Globus einzugreifen, wo die eigenen Interessen scheinbar oder wirklich bedroht sind. Das „Weltbild“, das sich in dieser Politik zeigt, heißt *Realismus* bzw. *Neorealismus*¹⁰⁶ und bestimmte z.B. die US-amerikanische Außenpolitik während der letzten vier Jahrzehnte. Ich würde jedoch die These wagen, dass die US-Administration damit nicht alleine steht, sondern dieses Weltbild mit der Mehrheit der Regierungen dieser Welt teilt.

John Locke würde in dieser Situation empfehlen, dass die einzelnen Staaten einen Teil ihrer Macht an internationale Institutionen abgeben, die sich dann um die Lösung globaler Probleme kümmern.

Diese Vision haben auch die *Institutionalisten*.¹⁰⁷ Sie sehen eine Chance darin, dass IGOs und transnationale Regime zwar keine *Weltregierung* bilden, aber immer mehr Bereiche des internationalen Zusammenlebens regulieren und so Konflikte verringern können. Das Management öffentlicher Angelegenheiten außerhalb des durch Wahl und Gewaltenteilung bestimmten politischen Systems bezeichnen wir als *Governance*. Die Idee einer *Global Governance*, also der Regulierung globaler Angelegenheiten durch entsprechende Institutionen, ist keineswegs neu. Als Akteur für diese Aufgabe kämen die UN in Frage. Es fragt sich jedoch, ob man eine solche Entwicklung eher erhoffen oder eher befürchten sollte und ob ein solches Projekt überhaupt praktikabel ist.

Die zweite Frage lässt sich relativ leicht beantworten: In einer globalisierten Weltwirtschaft gibt es bereits eine Reihe von transnationalen Regulierungen – vom Briefverkehr über das Internet bis zu Interpol.

In den UN sind fast alle Länder dieser Erde durch ihre Regierungen vertreten. Die Organisation kann sich deshalb auf eine gewisse Legitimität berufen. Durch die innere Konstruktion der UN und vor allem aufgrund der großen Macht des Sicherheitsrats kann man allerdings davon ausgehen, dass für die UN die Interessen wirtschaftlich und militärisch starker Staaten wichtiger sind als die anderer Staaten. So ist es verschiedenen Ländern schon öfter gelungen, UN-Resolutionen zu erzwingen, die dann als Anlass für Kriege zur Ressourcen- und Machtsicherung genutzt werden konnten (Irak, Afghanistan, Libyen). Aufgrund dieser Erfahrung darf bezweifelt werden, dass die *policy* der UN allein dem Wohl aller Menschen und dem Weltfrieden verpflichtet ist.

Kritiker sprechen daher auch von einem neuen Imperialismus, der die IGO (und auch NGO) *instrumentalisiert*¹⁰⁸, um den eigenen Kampf um Hegemonie und Ressourcen zu führen. Auf der anderen Seite steht die Auffassung, dass angesichts globaler Probleme nur globale oder zumindest transnationale Organisationen ein Überleben der Menschheit garantieren könnten.

Eine Meinung darüber, welche Seite Recht hat, müssen Sie sich natürlich selbst bilden. Ziel dieses Skripts und dieser Lehrveranstaltung war nicht, Ihnen eine politische Meinung vorzuschreiben. Das Ziel der Lehrveranstaltung ist erreicht, wenn Sie künftig Ihre politische Meinung weniger emotional („Wer sind die Guten? Wer sind die Bösen“), sondern reflektiert und vor allem kritisch bilden.

Kontrollfragen:

1. Was hat sich in der internationalen Politik 1990 und 2001 geändert?
2. Welche Ziele von Interventionen werden

¹⁰⁶ s. (KRELL, 2010, S. 6f)

¹⁰⁷ (KRELL, 2010, S. 15f)

¹⁰⁸ instrumentalisieren: Zu einem Instrument der eigenen Interessen machen

in den verschiedenen Konzepten genannt?

3. *Wie werden Interventionen jeweils legitimiert? Was wird kritisiert?*
4. *Zur Diskussion: Gibt es überhaupt noch ein „Westfälisches System“?*

6 Analyse politischer Konflikte

Im Folgenden soll exemplarisch ein historischer bzw. aktueller politischer Konflikt mit einer transnationalen Dimension analysiert werden. Es geht u.a. um folgende Fragestellungen:

- *Wie ist das politische System beschaffen? Funktioniert es? Wie hat es sich im Laufe des Konflikts verändert?*
- *Wie sind die internationalen Beziehungen des Landes beschaffen?*
- *Wer sind die aktuellen Akteure und welche Interessen verfolgen sie?*
- *Was sind die Ressourcen ihrer Macht?*
- *Wo verlaufen die Konfliktlinien?*
- *Wie könnte eine Lösung aussehen?*

Das konkrete Thema wird in Absprache mit Ihnen aktuell ausgewählt.

7 Übungstexte für die Prüfung

Wenn Sie die vorhergehenden Kapitel durchgearbeitet haben, dann haben Sie nun einige Werkzeuge, um konkrete internationale politische Entwicklungen zu analysieren.

Aus dem ersten Semester wissen Sie, wie man das Handeln von sozialen Gruppen beschreiben und Konflikte zwischen Gruppen erklären kann.¹⁰⁹

Sie wissen, was politische Akteure sind. Sie kennen die Staatsdefinition von Jellinek / Weber und können zwischen staatlichen und anderen Akteuren unterscheiden.

Schließlich wissen Sie, dass man bei der Analyse politischer Systeme immer nach den Interessen fragen muss, die das Handeln der Akteure bestimmen.

Am Ende dieses Skripts sollen Sie nun versuchen, mit Hilfe dieser Werkzeuge einige historische Entwicklungen im Bereich der internationalen Beziehungen zu untersuchen.

Die folgenden historischen Beispiele stammen aus (Napoleoni, 2004). Lesen Sie bitte die Beschreibungen sorgfältig und benutzen Sie zum besseren Verständnis grafische Hilfsmittel (Tabelle, Grafik, Mindmap u.ä.) Anhand der Kontrollaufgaben können Sie prüfen, ob Sie alles verstanden und bewertet haben.

Ich wünsche Ihnen dazu viel Erfolg!

¹⁰⁹ s. (GÖTTMANN, 2012b Kap. „soziales Handeln“)

7.1 Indochina



Karte aus Wikipedia; Tonkin, Annam und Cochinchina bilden heute den Territorialstaat Vietnam. Siam ist das heutige Thailand.

Geschichtlicher Hintergrund:

Vor dem II. Weltkrieg war das Gebiet eine französische Kolonie mit dem Namen *Indochina*. Während des Krieges war es von Japan besetzt. Unter japanischer Besatzung wurden 1945 die Staaten Laos, Kambodscha und Vietnam ausgerufen. Nach dem Ende des Krieges wollte Frankreich seine alte Kolonie Indochina wieder herstellen.

Während Großbritannien und die Vereinigten Staaten in den Jahren unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg damit beschäftigt waren, die sowjetische Expansion in Osteuropa einzudämmen, führte Frankreich einen fürchterlichen Krieg in Indochina. Um zu verhindern, dass die Kommunisten die Macht über die Kolonien Vietnam, Laos und Kambodscha übernahmen, schickte die französische Regierung Truppen nach Südostasien. Daraufhin begannen die Kommunisten einen Guerillakrieg.¹¹⁰ Die französischen Truppen erkannten schnell, dass

die Verfolgung der Guerillakämpfer im dichten Dschungel Indochinas eine nicht zu bewältigende Aufgabe war. In kleinen Kommandoeinheiten organisiert, die in den Wäldern und Bergen Nordvietnams verstreut waren, griff die Guerilla in raschen und gut geplanten Aktionen Dörfer und Garnisonen an. Außerdem bediente sie sich terroristischer Taktiken¹¹¹, um einen Keil zwischen die lokale Bevölkerung und die französische Kolonialregierung zu treiben, indem sie Stammesführer und Stammesälteste, die sich ihr widersetzen, öffentlich hinrichtete. Die Erfolge der Guerillataktik wurden bald offenbar: Der kommunistische Einfluss in Indochina nahm enorm und in raschem Tempo zu und die Franzosen mussten schließlich einräumen, dass hier die konventionelle Kriegführung versagte.

Schon 1949 entwickelten die Franzosen daher eine neue Strategie. Sie bildeten Stammesmitglieder und Angehörige religiöser Minderheiten zu Geheimagenten, Saboteuren¹¹² und Rundfunktechnikern aus. Kriminelle wie die Nung-Piraten, die den Golf von Tongkin unsicher machten oder die Binh Xuyen, Verbrecher und Flusspiraten, die im Gebiet um Saigon ihr Unwesen trieben, wurden ebenfalls zu Guerillakämpfern ausgebildet. Anschließend wurden sie zu etwa 3000 Mann starken Einheiten zusammengefasst, den so genannten *maquis*, um die von den Kommunisten kontrollierten Gebiete zu infiltrieren.¹¹³ Die *maquis* waren ein Spiegelbild der kommunistischen Kommandoeinheiten und wandten in ihrem Kampf dieselben terroristischen Taktiken an wie ihr Feind.

Während der gesamten kriegerischen Auseinandersetzungen bestand für die französische Regierung das Hauptproblem in der Finanzierung. Der Indochinakrieg war nicht populär, und es erwies sich als enorm schwierig, in Frankreich Mittel dafür locker zu machen. [...]

¹¹⁰ Guerilla (aus dem Spanischen): wörtlich „kleiner Krieg“: kleine Gruppen nichtregulärer Kombattanten, also Kämpfern, die nicht zu einem Staat gehören. (H.G.)

¹¹¹ Terror (aus dem Lateinischen): wörtl. „Schrecken“: Gewaltaktionen, die Schrecken und Angst unter der Bevölkerung erzeugen um eine politische Ordnung zu bekämpfen

¹¹² Sabotage (frz.): Störung des wirtschaftlichen oder militärischen Ablaufs durch Beschädigung von Maschinen oder Infrastruktureinrichtungen.

¹¹³ infiltrieren: heimlich eindringen

Die Kommunisten, denen ebenfalls Finanzmittel in großer Höhe gestrichen worden waren, entdeckten nun als Erste eine Möglichkeit, vor Ort neue Geldquellen zu erschließen. So konfiszierten¹¹⁴ sie 1952 die gesamte Opiumernte in Laos, verkauften sie in Thailand auf dem Markt und besorgten sich mit den Gewinnen Waffen aus China. Und wieder nahmen sich die Franzosen ein Beispiel an ihrem Gegner und entwickelten die »Operation X«. In Geheimverhandlungen vereinbarte die SDECE¹¹⁵ mit den laotischen Stämmen, die gesamte Opiumernte des nächsten Jahres zu übernehmen. Die Laoten waren nicht nur froh über die Einnahmen, sondern sahen darin auch eine Möglichkeit, sich an den Kommunisten zu rächen. Unmittelbar nach der Ernte wurde das Opium in eine französische DC3 geladen und nach Südvietnam transportiert. Von dort gelangte es per LKWs nach Saigon, wo es eine Kriminellenbande übernahm, die dem SDECE als Kenner der Opiumverarbeitung bekannt war. Ein Teil des Opiums wurde in Saigon direkt an Opiumhöhlen und Läden verkauft, einen Teil erwarben chinesische Händler, die es nach Hongkong exportierten und der Rest ging an die Union Corse, die korsische Mafia, die es nach Frankreich und auf verschiedene Märkte in Europa und Nordamerika schmuggelte. Auf diese Weise erwirtschaftete der SDECE einen hübschen Gewinn, mit dem er den maquis finanzierte.

[..]

Die französische Antwort auf den kommunistischen Guerillakrieg in Indochina wurde unter dem Begriff >Aufstandsbekämpfung< bekannt. Als neues Konzept der politischen Kriegführung legitimierte sie den staatlich finanzierten Terrorismus: die materielle Unterstützung des Guerillakriegs durch die Kolonialmacht als Mittel, um Aufstände, Widerstand und Subversion zu bekämpfen.

Quelle: (NAPOLEONI, 2004, S. 45–47)

Kontrollaufgaben:

1. *Erschließen Sie diesen Text: Was ist geschehen? Wer sind die Akteure? Wie hängen sie zusammen? Welche Interessen gibt es (Denken Sie nicht nur an die politischen sondern auch an die materiellen!)? Wer erreicht sein Ziel? Wer nicht? Versuchen Sie auch, die Prozesse grafisch darzustellen!*
2. *Beurteilen Sie: 1954 wurden Vietnam, Laos und Kambodscha unabhängig, also Territorialstaaten. Was könnte sich dadurch in Bezug auf die „Aufstandsbekämpfung“ und das Drogengeschäft geändert haben?*
3. *Welche Systeme (politische oder ökonomische) entstehen bei diesem Prozess?*
4. *Sammeln Sie Informationen darüber, wie sich die hier geschilderten Ereignisse in der Folgezeit bis heute auf die Länder Indochinas auswirkten. Wenn Sie aus dieser Region kommen, bitte ich herzlich um die Einbeziehung einheimischer Quellen!*

¹¹⁴ konfisizieren: beschlagnahmen, wegnehmen ohne zu bezahlen

¹¹⁵ Service de Documentation Extérieure et du Contre-Espionage – der französische Geheimdienst

7.2 Afghanistan



Geschichtlicher Hintergrund Afghanistan:

im 2. Weltkrieg neutral, konstitutionelle Monarchie bis 1973, im kalten Krieg zunächst neutraler Pufferstaat zwischen Ost und West

1973-1978 Autokratie unter General Daoud Khan, linke und demokratische Opposition

1978 Sturz des Generals, sozialistischer Staat, islamisch-konservative Opposition

1979 Einmarsch sowjetischer Truppen, SU setzt Babrak Karmal als Präsident ein.

1989 Abzug der sowjetischen Truppen

ab 1989 Bürgerkrieg; Akteure sind verschiedene Milizen mit vielen ausländischen Kämpfern.

1996 Taliban rufen „islamisches Emirat Afghanistan“ aus, das nur von 3 Staaten weltweit anerkannt wird.

mehr: http://de.wikipedia.org/wiki/Geschichte_Afghanistans

[...] Die Reise war lang, aber das störte William Casey, seit 1981 Chef der CIA und Präsident Reagans Topberater in Geheimdienstfragen, nicht weiter. In dem luxuriös ausgestatteten VIP-Bereich bereitete sich Casey auf sein zweimal jährlich stattfindendes Treffen mit General Akhtar und höchsten Beamten des pakistanischen Geheimdienstes (Inter Services Intelligence, ISI) vor, die für die logistische Unterstützung der Mujaheddin¹¹⁶ in Afghanistan verantwortlich waren. Casey [...] verfolgte die Idee, die islamische Ideologie im Kampf gegen die Sowjets zu benutzen, geradezu leidenschaftlich. [...] Casey hielt es für geschickt, die Beteiligung der Amerikaner vor den muslimischen Kriegern zu verheimlichen und gleichzeitig indirekt Waffen an sie zu liefern, mit denen sowjetische Soldaten und von der UdSSR unterstützte afghanische Guerillakämpfer getötet würden.

[...] Obwohl bereits die Regierung Carter die Entscheidung getroffen hatte, eine umfangreiche verdeckte Operation zur Bewaffnung der Mujaheddin durchzuführen und Pakistan dabei als Mittler zu benutzen, entwickelte sich der Afghanistankrieg erst durch Reagan, Casey und ihre Anhänger zur größten Geheimdienstoperation in der amerikanischen Geschichte. Außerdem trug Casey wesentlich dazu bei, dass Pakistan, ein Land, das von einer korrupten und demokratiefeindlichen Oligarchie¹¹⁷ regiert wurde, im Krieg eine Schlüsselrolle zukam und dessen größter Nutznießer wurde. Da die Kardinalregel bei der Einmischung der USA in den antisowjetischen Dihad lautete, niemals direkt mit den Mujaheddin Kontakt aufzunehmen, delegierte die CIA diese Aufgabe an den ISI. Der ISI ist zwar der staatliche Geheimdienst Pakistans, er ist aber ein Gebilde, das parallel zum Staat existiert, auf sämtliche Bereiche der Regierung Einfluss nehmen kann und eine unabhängige Politik betreiben konnte. Auf dem Höhepunkt des Afghanistankrieges beschäftigte er 150 000 Menschen.

¹¹⁶ Mujaheddin, auch Mudschahedin: (Plural; aus dem Arabischen مجاهد,) wörtlich: der den Dihad betreibt. Hier: selbst gewählte Bezeichnung verschiedener Guerillagruppen, die gegen die sowjetische Besatzung Afghanistans kämpften.

¹¹⁷ Oligarchie: (gr.) Herrschaft Weniger

Da Saudi-Arabien auf jeden von der CIA zur Verfügung gestellten Dollar noch einen drauflegte, sah sich die ISI bald vor der Aufgabe, eine riesige Flut von Waffen, Munition, Ausrüstung und Geld durch ein Netz von Kurieren zu schleusen, das als „Afghanische Pipeline“ bekannt geworden ist. [...]

Neben der militärischen Ausrüstung versorgte die CIA den ISI mit großen Geldsummen. [...] Insgesamt beliefen sich die Kosten des Krieges auf fünf Milliarden Dollar pro Jahr. [...]

Mit anhaltendem Krieg stiegen die Kosten ins Unermessliche. Es herrschte ständig Geldknappheit und so sahen sich ISI und CIA nach zusätzlichen Einkommensquellen um. Dabei erwies sich der Schmuggel als sehr einträgliches Geschäft. Afghanistan war bereits ein bedeutender Opiumproduzent, belieferte aber nur kleine, regionale Märkte in den Nachbarländern. Der ISI selbst übernahm die Aufgabe, die Produktion zu steigern; er verarbeitete das Opium und schmuggelte das Heroin auf die reichen Märkte des Westens. Als die Mujaheddin immer weiter vordrangen und neue Regionen eroberten, legte er ihnen nahe, eine Steuer auf das Opium zu erheben. Um die Steuer bezahlen zu können, pflanzten die Bauern noch mehr Opium an. [...] Es dauerte keine zwei Jahre, bis die Opiumproduktion boomte. Bald trat sie an die Stelle der traditionellen Agrarwirtschaft Afghanistans. Das Gebiet entlang der Grenze zwischen Pakistan und Afghanistan wurde zum weltweit größten Zentrum für die Heroinproduktion und der größte Lieferant für Heroin für die amerikanischen Konsumenten. Es deckte 60 Prozent des amerikanischen Drogenbedarfs. Die jährlichen Gewinne aus diesem Geschäft wurden auf 100 bis 200 Milliarden Dollar geschätzt. [...]

Während des ganzen Krieges wussten die islamischen Kämpfer¹¹⁸ [angeblich H.G.] nichts von der Beteiligung der USA. Sie schöpften nicht einmal den Verdacht, dass sie einen Stellvertreterkrieg führten. Selbst ein Saudi mit besten Verbindungen wie Osama bin Laden behauptete, nicht geahnt zu haben, in welchem Ausmaß die CIA beteiligt war. „Weder ich“, so konstatierte er, „noch meine Brüder sahen irgendeinen Hinweis auf die Hilfe der Amerikaner.“(NAPOLEONI, 2004, S. 150) Dank der Vermittlerrolle des ISI gelang es der CIA, jeden direkten Kontakt mit den Kämpfern zu vermeiden. [...]

Als die muslimischen Kämpfer nach dem Krieg entdeckten, dass die USA den antisowjetischen Dihad für ihre Zwecke manipuliert hatten, fühlten sie sich gedemütigt. Und dieses Gefühl verstärkte den Hass gegen Amerika, den die bewaffneten islamischen Gruppen schürten.

Quelle: (NAPOLEONI, 2004, S. 142–151)

Kontrollaufgaben:

1. *Erschließen Sie diesen Text: Was ist geschehen? Wer sind die Akteure? Wie hängen sie zusammen? Welche Interessen gibt es (Denken Sie nicht nur an die politischen sondern auch an die materiellen!)? Wer erreicht sein Ziel? Wer nicht? Versuchen Sie auch, die Prozesse grafisch darzustellen!*
2. *Beurteilen Sie: Ist Afghanistan in dieser Situation ein Territorialstaat nach Weber/Jellinek?*
3. *Welche Folgen hat die Umstellung der landwirtschaftlichen Produktion auf Opium?*
4. *Welche Systeme/Akteure (politische oder ökonomische) entstehen bei diesem Prozess? Welche verschwinden?*
5. *Sammeln Sie Informationen darüber, wie sich die hier geschilderten Ereignisse in der Folgezeit bis heute auf die Region auswirkten. Wenn Sie aus dieser Region kommen, bitte ich herzlich um die*

¹¹⁸ Im antisowjetischen Dihad kämpften keineswegs nur Afghanen, sondern viele islamische Freiwillige aus Pakistan und den arabischen Ländern, teilweise aus religiöser Motivation, aber zum großen Teil auch angelockt durch die Möglichkeit, sich aus diesem riesigen Finanztopf zu bedienen.

Einbeziehung einheimischer Quellen und/oder eigener Erfahrungen.

Ein guter Einstieg könnte hier die TV-Dokumentation ‚Abrechnung mit Afghanistan‘ aus dem Jahr 2012 (ZDF 2014) sein¹¹⁹.

Literatur

- AMBROSE, SOREN: *Pambazuka - Preserving disorder: IMF policies and Kenya's health care crisis*. URL <http://www.pambazuka.org/en/category/comment/34800>. - abgerufen am 2013-09-18
- ANDERSEN, UWE ; WOYKE, WICHARD: *Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland* -. 5. Aufl. Opladen : Leske und Budrich, 2003 — ISBN 978-3-810-03865-4
- BREITMEIER, HELMUT: *Internationale Politik*.
- BRZEZINSKI, ZBIGNIEW ; BECK, ANGELIKA ; GENSCHER, HANS-DIETRICH: *Die einzige Weltmacht: Amerikas Strategie der Vorherrschaft*, Fischer. 8. Aufl. Aufl. Frankfurt am Main : Fischer-Taschenbuch-Verl, 2004 — ISBN 978-3-596-14358-0
- BUSSEMER, THYMIAN: *Medien als Kriegswaffe* (2003)
- CHOSSUDOVSKY, MICHEL: *Global brutal: der entfesselte Welthandel, die Armut, der Krieg*. Frankfurt am Main : Zweitausendundeins, 2002 — ISBN 3861504413 9783861504412
- DEMBELE, DEMBA MOUSSA: *Pambazuka - The International Monetary Fund and World Bank in Africa: A „disastrous“ record*. URL <http://pambazuka.org/en/category/features/24816>. - abgerufen am 2013-09-18
- FUCHS, CHRISTIAN ; GOETZ, JOHN: *Schmutziger Krieg: Wie von Deutschland aus der Kampf gegen den Terror gesteuert wird*. Reinbek : Rowohlt, 2013 — ISBN 3498021389 9783498021382
- GÖTTMANN, HANS: *Einführung in die Soziologie*. URL <http://www.stk-darmstadt.de/goettmann/edaf/sowi/soziologie.pdf>. - abgerufen am 2014-01-01
- GÖTTMANN, HANS: *Einführung in die Soziologie*. URL <http://www.stk-darmstadt.de/goettmann/edaf/sowi/soziologie.pdf>. - abgerufen am 2014-01-01
- HIPPLER, JOCHEN ; HEIN, WOLFGANG ; DEBIEL, TOBIAS ; SCHNECKENER, ULRICH: *Zerfallende Staaten*. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* Bd. 28–29 (2005)
- KRELL, GERT: *Weltbilder und Weltordnung: Einführung in die Theorie der internationalen Beziehungen* (2000). Baden-Baden : Nomos, 2000 — ISBN 378906923X 9783789069239
- KRELL, GERT: *Weltbilder und Weltordnung: Einführung in die Theorie der internationalen Beziehungen* : Nomos, 2004
- KRELL, GERT: *Weltbilder und Weltordnung Einführung in die Theorie der internationalen Beziehungen* (2009). Baden-Baden : Nomos, 2009 — ISBN 9783832946050 3832946055

¹¹⁹ (MARQUARDT & DE LAVARENE, 2012), https://www.youtube.com/watch?v=LNpOEX2bw4c&feature=youtu-tube_gdata_player

- KRELL, GERT: *Theorien in den Internationalen Beziehungen*. URL <http://www.gert-krell.de/Theorie%20neu.pdf>. - abgerufen am 2013-09-20
- KRELL, GERT: Staat - Souveränität - Nation. In: SALZBORN, S. ; VOIGT, R. (Hrsg.) (2011)
- KÜPELI, ISMAIL: *Die Rede vom „gescheiterten Staat“ - Legitimierung neoliberaler Weltordnung und militärischer Interventionen*. URL <http://imi-online.de/download/IMI-Studie2010failed-states.pdf>. - abgerufen am 2013-02-13
- LEMKE, CHRISTIANE: *Internationale Beziehungen: Grundkonzepte, Theorien und Problemfelder* : Oldenbourg Verlag, 2000 — ISBN 9783486238587
- LOCKE, JOHN: *Über die Regierung (1974)* : Meyer-Taschenbuch, 1690
- MARQUARDT, ALBERTO ; DE LAVARENE, ERIC: *Abrechnung mit Afghanistan [Doku-HD]*. 4997 seconds, 2012
- MAYER, HEIKE: „Unabhängigen Journalismus hat es nie gegeben“ Ein Interview mit Peter Welcher. In: *Scheinwerfer* Bd. 64 (2014), Nr. August 2014, S. 6–8
- MILZ, KATHARINA: *Die Bedeutung Sozialer Netzwerke in der arabischen Welt*, Konrad Adenauer Stiftung (KAS) (2011)
- MÜLLER, JAN-WERNER: *Das demokratische Zeitalter eine politische Ideengeschichte Europas im 20. Jahrhundert*. Berlin : Suhrkamp, 2013 — ISBN 9783518585856 3518585851
- NAPOLEONI, LORETTA: *Die Ökonomie des Terrors - auf der Spur der Dollars hinter dem Terrorismus*. 2. Aufl. : Kunstmann, 2004 — ISBN 978-3-888-97354-3
- PATZELT, WERNER J: *Einführung in die Politikwissenschaft - Grundriss des Faches und studiumbegleitende Orientierung*. 6. erw. u. neu bearb. Aufl. : Wiss.-Verlag Rothe, 2007 — ISBN 978-3-927-57597-4
- RISEN, JAMES: *Pay Any Price: Greed, Power, and Endless War* : Houghton Mifflin Harcourt, 2014
- ROSENBAUM, JENS: *Der politische Einfluss von Rating-Agenturen*. Berlin : Springer DE, 2008a — ISBN 978-3-531-16491-5
- ROSENBAUM, JENS: *Der politische Einfluss von Rating-Agenturen*. Berlin : Springer DE, 2008b — ISBN 978-3-531-16491-5
- ROSINY, STEFAN: *Des Kalifen neue Kleider*, GIGA-Hamburg (2014)
- ROTBURG, ROBERT I.: Herausforderungen an die Weltordnung. In: *IP-Die Zeitschrift* (2003), Nr. November 2003
- RÖTZER, FLORIAN: *Der Islamische Staat ist eine Geburt der digitalen Moderne*. URL <http://www.heise.de/tp/artikel/42/42576/>. - abgerufen am 2014-08-27. — Telepolis
- RUDOLF, PETER: Schutzverantwortung und humanitäre Intervention | bpb. In: *APuZ* Bd. 37/213 (2013), S. 13–17

-
- SCAHILL, JEREMY: *Schmutzige Kriege: Amerikas geheime Kommandoaktionen*. München : Kunstmann, 2013 — ISBN 9783888978685 3888978688
- SCHNECKENER, ULRICH: *Fragile Staatlichkeit als globales Sicherheitsrisiko* | bpb. URL <http://www.bpb.de/apuz/28954/fragile-staatlichkeit-als-globales-sicherheitsrisiko>. - abgerufen am 2013-10-02
- SCHREYER, BERNHARD ; SCHWARZMEIER, MANFRED: *Grundkurs Politikwissenschaft: Studium der Politischen Systeme - Eine studienorientierte Einführung*. 2. Aufl. Wiesbaden : VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2005 — ISBN 978-3-531-33481-3
- STREECK, WOLFGANG: *Gekaufte Zeit: die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus*. Berlin : Suhrkamp, 2013a — ISBN 9783518585924 3518585924
- STREECK, WOLFGANG: *Gekaufte Zeit: die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus*. Berlin : Suhrkamp, 2013b — ISBN 9783518585924 3518585924
- THUNERT, MARTIN: Think Tanks in Deutschland - Berater der Politik? | bpb. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* Bd. 51 (2003), S. 30–38
- VITALI, STEFANIA ; GLATTFELDER, JAMES B. ; BATTISTON, STEFANO: The network of global corporate control, ETH Zürich (2012)
- WEBER, MAX: *Wirtschaft und Gesellschaft - Grundriß der Verstehenden Soziologie (Buchausgabe 1980)*. 5. revidierte. Aufl. Tübingen : Mohr Siebeck, 1922 — ISBN 978-3-161-47749-2
- WEBER, MAX: *Wirtschaft und Gesellschaft - Grundriß der Verstehenden Soziologie*. 5. revidierte. Aufl. Tübingen : Mohr Siebeck, 1980 — ISBN 978-3-161-47749-2
- WEHLER, HANS-ULRICH: *Die neue Umverteilung: Soziale Ungleichheit in Deutschland*. 2. Aufl. : Beck, 2013 — ISBN 3406643868
- WEIK, MATTHIAS ; FRIEDRICH, MARC: *Der größte Raubzug der Geschichte: Warum die Fleißigen immer ärmer und die Reichen immer reicher werden*. Marburg : Tectum, 2012 — ISBN 9783828829497 382882949X
- WULFF, CHRISTIAN: *Ganz oben Ganz unten*. Auflage: 2. Aufl. München : C.H.Beck, 2014 — ISBN 9783406672002
- Medien. In: SCHIELE, S. (Hrsg.) *Zeitschrift für die Praxis der politischen Bildung* Bd. 1 (2002), Nr. 2002
- Demokratie* | bpb. URL <http://www.bpb.de/izpb/9153/demokratie>. - abgerufen am 2013-11-13
- Dossier: Deutsche Demokratie. In: BPB (Hrsg.) (2007)
- Medien - Die „vierte Gewalt“? - online-Dossier. In: BPB (Hrsg.) (2012)
- Finanzmärkte. In: BPB (Hrsg.) (2013)